

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.30 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingeklagen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. 1881.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (gültig für festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Dienstag, den 11. Mai 1915.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Starter französisch-englischer Offensiv-Vorstoß bei Arras.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Mai 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Küste machten wir in den Dünen Fortschritte in der Richtung auf Nieuxport, nahmen mehrere feindliche Gräben und Maschinengewehre. Ein Gegenstoß des Feindes während der letzten Nacht gelangte bis an Lombartzyde heran, wurde dann aber völlig zurückgeworfen. Auch in Flandern wurde wieder nach vorwärts Gelände gewonnen. Bei Verlorenhoef machten wir 162 Engländer zu Gefangenen.

Südwestlich Lille setzte der als Antwort auf unsere Erfolge in Galizien erwartete große französisch-englische Angriff ein. Er richtete sich gegen unsere Stellungen von östlich Fleurbaix — östlich Richebourg — östlich Vermelles, in Ablain, Carency, Neuville und St. Laurent bei Arras. Der Feind — Franzosen sowie weiße und farbige Engländer — führte mindestens vier neue Armeekorps in den Kampf neben den in jener Linie schon längere Zeit verwendeten Kräften. Trotzdem sind die wiederholten Angriffe fast überall mit sehr starken Verlusten für den Gegner abgewiesen worden. Im besonderen war das bei den englischen Angriffsversuchen der Fall. Etwa 500 Gefangene wurden gemacht. Nur in der Gegend zwischen Carency und Neuville gelang es dem Gegner sich in unserer vordersten Linie festzusetzen. Der Gegenangriff ist im Gange.

Nördlich von Steinabrück im Fochthal warfen wir den Feind, der sich unmitttelbar vor unserer Stellung im dichten Nebel eingenistet hatte, durch Angriff zurück und zerstörten seine Gräben.

Eines unserer Luftschiffe belegte heute früh den besetzten Ort Southend an der Themsemündung mit einigen Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Trotz aller Versuche des Feindes, durch eilig mit der Bahn oder Fußmarsch herangeführte neue Kräfte unsere Verfolgung aufzuhalten, warfen die verbündeten Truppen der Heeresgruppe des Generalobersten v. Mackensen auch gestern den Gegner von Stellung zu Stellung zurück und nahmen ihm über 12000 Gefangene nebst vielem Material ab. Die Zahl der von dieser Heeresgruppe allein seit dem 2. Mai gemachten Gefangenen steigt damit auf über 80000. Unsere Vortruppen näherten sich dem Stobnica-Abschnitt und erreichten die Brzezanka sowie den unteren Wislok. Die Verfolgung geht vorwärts.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. Mai. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart, 10. Mai 1915, mittags:

Die unter schweren Verlusten aus Westgalizien und den Karpaten zurückgeschlagene russische dritte Armee ist, dem Druck aus beiden Richtungen nachgebend, mit der Hauptkraft im Raum um Sanok und Lisko zusammengedrückt. Gegen diese Masse dringen die verbündeten Armeen weiter erfolgreich vor und haben vom Westen den Uebergang über die Wislok erkämpft, von Süden die Linie Dwernik — Saligrod — Bukowka erreicht.

Am nördlichen Flügel der westgalizischen Front erfuhr gestern Oberösterreich, Salzburger und tiroler Truppen mehrere Orte östlich und nordöstlich Debica.

Die Zahl der in Westgalizien gemachten Gefangenen ist auf 80000 gestiegen. Hinzu kommen noch über 20000 Gefangene, die bei der Verfolgung in den Karpaten eingebracht wurden. Die russische dritte Armee, die aus den fünf Korps 9, 10, 12 und 24. und 3. kausisches sowie mehreren Reserve divisionen zusammengesetzt war, hat somit einen Verlust von allein hunderttausend Mann an Gefangenen. Rechnet man hinzu die Zahl der Toten und Verwundeten, so kann der Gesamtverlust mit mindestens hundertfünfzigtausend Mann angenommen werden.

Von der auch jetzt noch nicht zu überschendenden Menge von Kriegsmaterial sind bisher sechzig Geschütze und zweihundert Maschinengewehre gezählt.

Die Kämpfe in Südgalizien dauern noch fort. Durch einen Gegenangriff wurde auf den Höhen nordöstlich Oitynia eine starke Gruppe des Feindes zurückgeworfen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hoefler, Feldmarschalleutnant.

Die Kriegslage.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz hat südwestlich Lille in der Richtung auf Arras eine starke französisch-englische Offensive eingesetzt, an der mindestens vier feindliche Armeekorps beteiligt sind. Einen wesentlichen Erfolg hat dieser Vorstoß nicht gebracht. Durch das mit jedem solchen Kampfe verbundene Hin- und Herbewegen des Gefechts wird, wie wir das ja des öfteren auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu beobachten Gelegenheit hatten, eine Entscheidung nicht gebracht.

In Kurland sind die bei Mitau angefangenen deutschen Vortruppen, die unter dem Befehl des Generals von Laurenstein stehen, vor stärkeren feindlichen Kräften zurückgenommen worden. Die weiter westlich operierenden Streitkräfte, bei denen sich Generalfeldmarschall Hindenburg befindet, sind durch diesen örtlichen Vorgang nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Teile dieser Truppen haben bekanntlich Libau besetzt. Von den deutschen Seestreitkräften, die bei der Einnahme Libaus mitwirkten, ist ein Torpedoboot auf eine Mine gestoßen. Es hat jedoch nur eine relativ leichte Beschädigung erlitten.

Auf dem westgalizischen Kriegsschauplatz schreitet der Kampf gegen die Russen fort. Der Nordflügel der verbündeten Truppen hat mehrere Orte östlich Debica (östlich der Wisloka, an der Eisenbahnlinie Larnow—Jaroslaw) erstickt, während in den Westteilen die Truppen gegen die russischen Streitkräfte weiter vordringen, die sich bei Sanok und Lisko (am Oberlaufe des San) zusammengelagert haben. Die Russen sind innerhalb acht Tagen auf einer Front von 200 Kilometer Breite ca. 50 Kilometer in die Tiefe zurückgeworfen worden und haben dabei, außer gewaltigem Kriegsmaterial (gezählt wurden bisher 60 Geschütze und 200 Maschinengewehre) 100000 Gefangene verloren.

Die italienische Krise.

Krieg oder Neutralität.

Die Augen der ganzen Welt richten sich seit einigen Tagen nach Italien. Wird das frühere Dreibundmitglied in den Krieg eingreifen oder nicht? Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Italien seine Neutralität wahrscheinlich aufgeben wird. Die Mobilisation in Italien schreitet fort, die Deutschen und Oesterreicher verlassen in Scharen das Land. Wenn auch noch niemand genau darüber weiß, wie die italienische Regierung sich entscheiden wird, so muß man doch nach den neuesten Nachrichten zu urteilen, mit einer Wendung im Sinne des Dreiverbandes rechnen.

Mehr noch als bei dem Ausbruch des nun bereits neun Monate lang währenden Weltkrieges drängt sich die Tatsache auf, daß die Entscheidung über Leben und Tod großer Volksmassen bei den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen in der Hand einer kleinen Zahl von Staatsmännern ruht. Würde das italienische Volk selbst zu entscheiden haben, dann würde es — trotz des Geschreies einiger chauvinistisch erregter Kreise — sich für die Beibehaltung der Neutralität und den Frieden erklären. Unser Mailänder Bruderblatt, der „Avanti“, hat zutreffend darauf verwiesen, daß das Volk und selbst das italienische Parlament in seiner Mehrheit nicht von einer Beteiligung am Kriege wissen will. Für uns, die wir bereits seit neun Monaten alle Schrecken des Krieges kennen zu lernen Gelegenheit hatten, wäre es auch in der Tat unbegreiflich, wenn ein Volk sich selbst den Krieg mit allen seinen Begleitererscheinungen und Wirkungen herbeiwünschte. Wir wissen, daß Italien auch jetzt, bei neutraler Haltung, unter dem Kriege wirtschaftlich zu leiden hat. Aber zu diesen Schädigungen treten bei aktiver Beteiligung am Kriege die für immer unersehbarer Verluste an Leben und Gesundheit, treten weiter die notwendig mit dem Kriege, der ja trotz aller sonstigen Kulturfortschritte keineswegs in seinen Mitteln und Formen humaner geworden ist, verbundenen moralischen Einbußen. Welche Mauern von Haß z. B. trennen nicht heute die großen Brudernationen der europäischen Welt von einander! Wir Sozialisten, die wir von jeher eine bestimmte grundsätzliche Stellung zum Kriege eingenommen haben, können nur mit bitterem Weh daran denken, daß ein neues Volk trotz seines eigenen entgegenstehenden Willens alle Schrecken des Krieges kennen lernen soll. Wir wünschen, daß das italienische Proletariat, das bisher so mutig für den Frieden und gegen den Krieg demonstriert hat, seine Protestaktionen mit Erfolg fortsetzen könnte. Es wäre ein hartes Schicksal, nicht allein für Italien, sondern für die ganze Welt, wenn bei dem Volk, das bisher den Krieg noch nicht im eigenen Lande führen mußte, eine Kriegsstimmung in dem Moment entspacht würde, wo in allen anderen Staaten gerade die Friedensstimmung merklich wächst.

Die italienisch-österreichischen Verhandlungen.

Köln, 10. Mai. (Z. U.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die diplomatischen Verhandlungen werden fortgesetzt. Heute läßt sich der Gesamteindruck der Lage dahin zusammenfassen, daß seit gestern keine Verschlechterung eingetreten ist. Wenn auch die Ungewißheit und der freisinnige Zustand fort dauert, so besteht doch auf der anderen Seite die Tatsache, daß die Verhandlungen fortgeführt werden.

Falsche Meldung über eine deutsche Gegenforderung.

Rom, 9. Mai. (W. T. B.) „Idea Nazionale“ läßt sich in einem aus Wien datierten Telegramm melden, daß die Berliner und die Wiener Regierung als Gegenbedingung für die Konzessionen an Italien die sofortige Anerkennung der deutschen Annexion Belgiens verlangt haben. Zugleich begehrt die Zeitung aber die Unvorsichtigkeit, ein Londoner Telegramm zu publizieren, demzufolge nach einer Meldung aus Rotterdam an die „Daily Mail“ in Brüssel und Antwerpen Anschläge angeheftet seien, welche die Annexion Belgiens für den 15. Mai ankündigten. Damit zeigt „Idea Nazionale“ deutlich, wo und wie ihre Wiener Meldung ent-

standen ist, die natürlich nur darauf berechnet ist, unter Ausnutzung des Belgienrummels die Kriegshege gegen Deutschland zu verpfänden.

Italien und der Dreiverband.

„Avanti“ erklärt, wie der „Köln. Ztg.“ gemeldet wird, daß die große Mehrheit des Senates und der Kammer für die Erhaltung der Neutralität sei und daß die ungeheure Wehrmacht des Landes den Frieden wolle. Diese Tatsache sei auch der Regierung bekannt, die ihr jegliches Verhalten nur auf die bewusste Zweideutigkeit ihrer Erklärungen vom vorigen Dezember und das darauf erfolgte Votum der Majorität über die Interventionsverhandlungen und die Politik der Regierung gründet. Der „Avanti“ glaubt das folgende enthüllen zu können: Als in der vergangenen Woche die letzten Zugeständnisse Oesterreichs als nicht genügend erachtet wurden, habe die Regierung sofort mit dem Dreiverbande abgehandelt, danach aber seien die Vorkämpfer Oesterreichs und Deutschlands mit neuen Zugeständnissen hervorgetreten, die für Italien annehmbar waren. Die Italiener können jetzt aber nicht mehr von ihrem Vertrag mit dem Dreiverbande zurückweichen und die Verantwortung dafür die Diplomatie der Zentralmächte zu, die zu spät gekommen sei. Die „Köln. Ztg.“ meint, wenn diese Angaben richtig sind, so hätte sich das Ministerium Salandra in eine sehr mißliche Lage verwickelt, und drohend schiene jetzt Giolitti aus seiner bisherigen Zurückgezogenheit aufzutreten.

Einstündige Audienz Giolittis beim König.

Rom, 10. Mai. (B. Z. B.) Blättermeldungen zufolge begab sich Giolitti heute nachmittag zum Ministerpräsidenten Salandra, mit dem er eine lange Unterredung hatte. — „Tribuna“ meldet, daß morgen vormittag eine Sitzung des Ministerrats stattfinden werde. Wie dasselbe Blatt erzählt, dauerte die Audienz Giolittis beim König ungefähr eine Stunde. Nach Giolitti empfing der König den Ministerpräsidenten Salandra.

Demonstrationen gegen Giolitti.

Rom, 10. Mai. (Z. U.) Giolitti, der gestern früh hier eingetroffen ist, wurden ebenso wie bei seiner Abfahrt in Turin, auch hier von den Interventionisten feindselige Demonstrationen bereitet.

Rom, 10. Mai. (Z. U.) Die Demonstrationen der Kriegspartei, die gestern Giolitti bereitet wurden, zeigen die Stimmung im Lande. Dementsprechend ist auch die Haltung der Presse. „Messaggero“ muß zwar anerkennen, daß ein Mann wie Giolitti bei Entscheidungen, wie solche jetzt bevorstehen, gehört werden müsse, aber das Blatt ist gegen die Berufung des Kronrats, da zu diesem bekannte Anhänger eines freundlichen Ausganges gezogen werden müßten. Nun ist es richtig, daß der Kronrat in Italien keine konstitutionelle Einrichtung ist, sondern daß dem Könige allein die Entscheidung über Krieg und Frieden zusteht, aber niemand zweifelt daran, daß vor dem letzten Wort Italiens die Regierung alle politischen Autoritäten entweder im Kronrat oder sonstwie anhören wird. Vorläufig ist es aber noch nicht so weit, sondern zunächst wird Giolitti mit dem König beraten, mit dem er in besten Beziehungen steht.

Gerüchte in gespannter Situation.

Rom, 10. Mai. (B. Z. B.) Der „Observatore Romano“ dementiert die Blättermeldung von der Abreise des Vizekonsuls der österreichisch-ungarischen Botschaft beim heiligen Stuhl und erklärt, daß nicht nur kein Mitglied der Botschaft Rom verlassen habe, sondern daß das Personal der Botschaft in einigen Tagen noch um einen neuen Sekretär vermehrt werde.

Neueinberufungen Militärpflichtiger.

Glarns, 10. Mai. (Z. U.) Die in der Ostschweiz beschäftigten italienischen Arbeiter wurden telegraphisch unter die Waffen gerufen. — Auf der Gotthard-Linie wurden wegen des Andrangs heimreisender Deutscher Schnellzüge doppelt geführt und Extrazüge eingelegt.

Mailand, 10. Mai. (Z. U.) Die hier eintreffenden Sonntagzüge bringen noch in Scharen die letzten der abreisenden Deutschen. Das Land wimmelt von Soldaten.

Abreise der Ausländer.

Rom, 10. Mai. Alle Jünglinge des deutschen Priesterseminars sind abgereist. Die Oesterreicher nach Wien, die Deutschen nach Zürich. Auch die Schüler der Santa Maria dell'Anima haben Rom verlassen, nachdem sie erst die Prüfung abgelegt haben. Der baltische Staatssekretär soll ihnen zur Abreise geraten haben. Der österreichische Botschafter beim Vatikan, Prinz Schönberg-Horstein, hat seine Familie und die Dienerschaft schon abreisen lassen. Auch armenische und griechische Priester aus den Kollegien in Via de Balduino und San Giovanni de Tolentino sind abgereist, da sie als türkische Staatsbürger fürchten, im Kriegsfall Unannehmlichkeiten ausgeht zu sein.

Ausfuhrverbot.

Mailand, 10. Mai. (Z. U.) Italien verbot weiter die Ausfuhr von Schwefel, Pflanzenöl, Lumpen jeder Art und Spiritus.

Eine türkische Erklärung über den tripolitanischen Aufstand.

Rom, 9. Mai. (B. Z. B.) Die türkische Botschaft dementiert heute in energischer Form ein in hiesigen Blättern verbreitetes Gerücht, daß an den Kämpfen in Tripolis türkische Offiziere beteiligt seien. Sie weist deutlich darauf hin, daß angesichts der Herrschaft Englands über das Mittelmeer und der Begrenzung von Tripolis durch England einerseits und Frankreich andererseits man etwaige Unruhestiftung in Lybien nur auf gewisse andere Quellen zurückführen könne.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. Mai. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagnachmittag. In der deutschen Feldschanze bei Lens, die wir am 8. Mai eingenommen haben, haben wir etwa 100 Gefangene gemacht. In den Argonnen haben unsere Truppen bei Bagatelle drei Angriffe zurückgeworfen, einen in der Nacht zum 8., zwei während des 8. Mai. An der übrigen Front fand Geschützfeuer statt.

Paris, 10. Mai. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagabend. Zwischen Neuport und dem Meer griffen die Deutschen an und wurden zurückgeworfen, sie erlitten bedeutende Verluste. Die englischen Truppen gewannen Befände im Gebiet von Fromelles. Wir erzielten ernsthafte Fortschritte nördlich Arras in Richtung Lens und südlich Carency. In letzterem Gebiete nahmen wir auf einer Front von 7 Kilometern zwei, zuweilen drei Reihen feindlicher, sehr stark besetzter Schützengraben. Wir bemächtigten uns des Dorfes La Targette und der Hälfte des Dorfes Neubville St. Vaast. Unser Fortschritt erreicht an einzelnen Stellen 4 Kilometer Tiefe. Wir machten über 2000 Gefangene und erbeuteten 6 Kanonen. In der Champagne warfen wir einen Angriff bei St. Thomas am Argonnenrand zurück. In Bagatelle konnten wir die Bedeutung der vom Feinde bei den gestrigen Angriffen erlittenen Verluste feststellen. Die Deutschen bedienten sich übrigens ohne jeden Erfolg erstickender Bomben und brennender Flüssigkeiten. Auf der übrigen Front, besonders im Priesterwalde und auf dem Stilladerwasen Artilleriekämpfe.

Die Meldung des Feldmarschalls French.

London, 10. Mai. (B. Z. B.) Meldung des neuterischen Bureaus. General French berichtet von gestern: Letzte Nacht und heute setzte der Feind seine Angriffe östlich Ypern fort, die alle mit schweren Verlusten abgeschlagen wurden. Unsere Linie dort ist jetzt stark besetzt. Heute früh machte unsere erste Armee einen Angriff auf die Linie des Feindes zwischen Disgrenier und St. Huber und gewann Gelände in Richtung Fromelles. Der Kampf dauert noch an. Unsere Flieger machten erfolgreiche Angriffe auf St. André, den Kreuzungspunkt nördlich Nijvel und auf die Kanalbrücken zu.

„Daily Mail“ über die Kämpfe bei Ypern.

London, 9. Mai. (B. Z. B.) „Daily Mail“ meldet aus Rotterdam: Soll für Soll rücken die Deutschen gegen Ypern vor, trotz hartnäckigsten Widerstandes der Engländer. Um den Besitz der Höhe 60, wo die Deutschen festen Fuß gefaßt haben, finden harte Kämpfe statt.

Französische Behauptungen.

Paris, 9. Mai. (B. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Amtlich. Aus politischen Gründen, welche so klar sind, daß es unnötig ist, darauf besonders hinzuweisen, hat der deutsche Generalstab seit 14 Tagen Dispositionsoperationen auf dem westlichen Kriegsschauplatz wiederholt. Er hat damit völlige Stillschließung erlitten. Seine Truppen erlitten blutige Verluste. In der amtlichen Note wird sodann nochmals eine Darstellung der Kämpfe bei Ypern gegeben, wonach die französischen Verluste gering, die deutschen jedoch groß seien. Die anfänglichen deutschen Erfolge seien schnell zum Stehen gebracht und die französische Front weniger als zwei Kilometer hinter der früheren Front wiederhergestellt worden. Die Deutschen hätten darauf, da sie die französische Front nicht durchbrechen konnten, Dünkirchen mit Marinegeschütz beschossen, dessen Feuer nach zwei Tagen jedoch aufgehört habe. Militärische Erfolge seien nicht erzielt worden. Die Kämpfe bei Eparges seien für die Deutschen ergebnislos verlaufen. Nach anfänglichem Erfolg, wobei eine Zeilang die französischen Geschütze zwischen der deutschen und französischen Linie lagen, seien die Deutschen unter schwersten Verlusten zurückgeschlagen worden. Die Geschütze, welche der deutsche Generalstab erobert zu haben behauptet, seien von den Franzosen wieder in Gebrauch genommen worden. Dagegen hätten die Franzosen im Boebre, im Wiltz-Wald, Mort-Marewald und Priesterwald bedeutende Fortschritte gemacht. In den Vogesen hätten die Deutschen, um die Neutralen zu beeinflussen, den Gipfel des Hartmannsweilerkopfes angegriffen und eingenommen, seien aber nach wenigen Stunden zurückgeworfen worden. Auch hätten die Deutschen die Fortschritte der Franzosen im Gebiete des Schneepfennickkopfes, wo die Franzosen Kanonen erbeutet hätten, nicht hindern können. Die amtliche Note schließt: Im ganzen machten die Deutschen seit 14 Tagen große Offensivanstrengungen, welche wir schnell zurückgeworfen. Die Gesamtheit der deutschen Verluste in Belgien, auf den Maashöhen, im Boebre und in den Vogesen übersteigt 35 000 Mann. Sie brochen nirgends durch und haben keine wichtigen Stellungen erobert. Sie haben ein halbes Duzend ihrer besten Divisionen dezimieren lassen. In Belgien, wo es ihnen gelang, unsere Front um Schützweite zurückzubringen, verdanken sie den ganz belanglosen Erfolg, wie die Tatsachen beweisen, der Verletzung der Kriegsgesetze. Der Versuch, welchen sie unternahmen, ist also zu ihrem Nachteil ausgefallen.

Die zahlenmäßige Stärke der deutschen Heere in Ost und West.

Der „Manchester Guardian“ vom 5. Mai stellt fest, daß die Deutschen jetzt ihre im Winter ausgebildeten Truppen zur Front gebracht haben. Die Franzosen haben 2 1/2 Millionen an der Front, 1 1/2 in der Reserve. Einschließlich der Engländer und Belgier kann man im ganzen rechnen: 3 Millionen an der Front, 2 Millionen in der Reserve. Die Reserven sind nicht unmittelbar verwendbar; die Aufgabe ist, die Linien mit 3 Millionen zu verteidigen gegen die alte deutsche Armee und die neu ausgebildeten Truppen. Die Zahl der Deutschen ist zu berechnen wie folgt. Zu Kriegsanfang waren

im Westen	2 750 000
im Osten	750 000
	3 500 000

im September:

im Westen	2 500 000
im Osten	1 000 000
	3 500 000

im Dezember (infolge Absonderung von Landwehr), immer berechnet ohne Verluste:

im Westen	2 250 000
im Osten	1 500 000
	4 750 000

Die Verluste sind bis Ende 1914 auf 1 800 000 zu berechnen; zu zwei Dritteln auf West und ein Drittel auf Ost. Verbleiben für:

Westen	2 050 000
Osten	900 000
	2 950 000

Wiederhergestellt zur Front zurückgehend: 500 000. Am Ende des Jahres standen also im:

Westen	2 600 000
Osten	1 400 000
	4 000 000

Ende März 1915:

im Westen	2 500 000
im Osten	1 500 000
	4 000 000

Nun zu den im Winter ausgebildeten Truppen, die der französische Rückblick auf 1 800 000 Mann veranschlagt. Abgerechnet eine Eventualarmee von 300 000 Mann gegen Italien verbleibt 1 500 000 neuer Soldaten. Abzüglich der Infanteriearmee für Kurland, die sicher nicht unter 1/2 Million zu veranschlagen ist, und der Armee Radensens bleibt 1/2 Million für den Westen, wo dann also im ganzen 3 1/2 Millionen stehen, was die Zahl der Alliierten nicht erheblich übersteigt. Die Hälfte der deutschen Verstärkungen ist wohl nach Flandern gegangen. Aber selbst bei dieser Annahme, meint der Verfasser, sei die Überlegenheit an Zahl mit der im Oktober und November nicht zu vergleichen.

Neue englische Armee-Erlasse

bringt der „Daily Telegraph“ vom 6. Mai.

1. Erlaß betreffend die Territorial-Armee (erging am 5. Mai abends): Während des Krieges wird das dienstfähige Alter von 17—35 auf 19—38 Jahre für alle Waffengattungen herabgesetzt mit folgenden Ausnahmen:
 1. Gewisse bisherige Sonderbestimmungen betreffend den Eintritt bleiben in Kraft.
 2. Mitglieder des Inns of Court Offizier-Ausbildungskorps und des 28. Bataillons Artists Rifles können sämtlich schon mit 17 Jahren eintreten.
 3. Frühere Armee- und Territorial-Unteroffiziere, bis zum Sergeanten abwärts, können bis 50 Jahre wieder eintreten, andere ausgebildete Territorial-Unteroffiziere bis 45 Jahre.
 4. Für den Lazarettendienst (general hospitals) dürfen nur Leute zwischen 17—19 und über 38 Jahre eingestellt werden.
 5. Die Einstellung ehemaliger National-Reservisten in überzählige Territorial-Kompagnien ist nur Leuten zwischen 35—50 gestattet; denen unter 38 Jahren nur, wenn sie zwar für regulären Dienst unbrauchbar, aber doch noch für Dienst in überzähligen Territorial-Kompagnien verwendbar sind.
 6. Hufschmiede, Sattler, Telegraphisten dürfen bis zu 50 Jahren eingestellt werden, wenn sonst für diesen Dienst völlig brauchbar.

- II. Erlaß betreffend die National-Reservisten (veröffentlicht am 5. Mai): National-Reservisten, die für die Bewachung von Eisenbahnen und sonstigen unverwundbaren Stellen gebraucht werden, sollen in überzählige Territorial-Kompagnien eingestellt werden, und zwar nach Möglichkeit in Truppenteile, die im Beschäftigungsbezirk der betreffenden National-Reservisten liegen. Die Einstellung erfolgt auf ein Jahr oder für die Kriegsdauer. Wenn der Krieg nicht länger als ein Jahr dauert, werden die Leute möglichst schnell entlassen. Die Leute werden nur als Gemeine eingestellt, Beförderungen erfolgen später, nachdem der Bedarf an Chargen festgestellt ist. Die Eintretenden sind zu Dienst in jedem Teil des Vereinigten Königreichs verpflichtet. (Diese Erlasse zeigen wieder an, daß England bestrebt ist, die Territorial-Formationen möglichst für den Dienst an der Front zu verwenden, vermutlich, weil die vorhandenen ausgebildeten Reservisten der regulären Armee nicht mehr für die Beschaffung der nötigen Verstärkungen und Auffüllungen ausreichen.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Kaiser auf dem galizischen Kriegsschauplatz.

Amtlich. Berlin, 10. Mai. (B. Z. B.) Sr. Majestät ist auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz eingetroffen und wohnt am 8. Mai dem Gescheh der I. Gardedivision bei.

General Cherfils über die Beskidenschlacht.

Paris, 10. Mai. (Z. U.) In seiner gestrigen Ausföhrung über die Beskidenschlacht schreibt der militärische Berichterstatter des „Echo de Paris“, General Cherfils: Die Angriffe der Truppen v. Radens vor Tarnow auf die Nida- und die Dunajecfront haben eine große Tragweite und bezwecken, die Russen auf dieser Front bis zum San und Przemysl zum Rückzug zu zwingen, sowie den russischen Kolonnen westlich des Luplower Passes und in den ungarischen Grenzländern den Rückzug abzuschneiden und dem russischen Einfall auf ungarisches Gebiet ein Ende zu machen. Ferner würde diese Verbindungstraße, welche durch die Eroberung von Przemysl in russische Hände kam, aufs neue gesperrt werden, Krakau würde gerettet, Schlesien geschützt und die russische Front in zwei Stücke gerissen sein. Aber es ist unnötig, die Russen über die Bedeutung der Dunajecfront aufzuklären. Sie wissen, daß diese unverletzt bleiben muß. Ihre Reserven sind zahlreich, ihre Verteidigungsfähigkeit vor Tarnow ist stark besetzt. Es ist absolut sicher, daß die Offensive von Radens sich an obigem Hindernis brechen wird. Die letzten Ereignisse haben das Gegenteil bewiesen und die Bestätigung General Cherfils über die Folgen des Durchbruchs haben den Erfolg des deutschen und österreichischen Durchbruchs hervor.

Der türkische Krieg.

Neue Dardanellenkämpfe.

Konstantinopel, 10. Mai. (B. Z. B.) Das Große Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellen-Front, bei Ari Burnu, machte der Feind gestern nacht vier verzweifelte Angriffe, wurde aber durch unsere Bojonnat-Angriffe vollständig zurückgeworfen. Der Feind erlitt dabei schwere Verluste. Ungefähr drei seiner Bataillone wurden aufgegeben. Heute gegen Mittag brachte der Feind unaufhörlich seine zahlreichen Verwundeten in seine Boote. — Im Süden, bei Seddul Bahr, machte der Feind unter dem Schutze seiner Schiffe vom Meeresufer aus einen Angriff, der dank unserer Gegenangriffe erfolglos blieb. Von den übrigen Kriegsschauplätzen ist nichts von Bedeutung zu melden.

General d'Amade erkrankt.

Paris, 10. Mai. (B. Z. B.) Die Agence Havas meldet aus London, es werde berichtet, daß der Befehlshaber des französischen Expeditionskorps bei den Dardanellen General d'Amade seit etwa acht Tagen erkrankt sei. Er befindet sich augenblicklich wieder wohl.

Zur Torpedierung der „Lusitania“.

Unangebrachte Sprache.

In der „Post“ schreibt Freiherr von Hedlitz zur „Lusitania“-Katastrophe:

„Zwischen wird man bei unseren Gegnern wohl nachgerade begreifen haben, daß für uns Leben und Gesundheit auch nur eines unserer Krieger mehr wert ist als die „Lusitania“ mit allen ihren Passagieren oder der Dom von Reims, und daß wir rücksichtslos alles vernichten, was auch nur einen einzigen unserer Krieger gefährden könnte.“

Der Untergang der „Lusitania“, bei dem zahlreiche Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder, ihren Tod fanden, ist wirklich nicht dazu angetan, eine solche Sprache zu führen. Selbst in der übrigen bürgerlichen Presse finden sich Töne des Mitleids mit den unschuldigen Opfern der „Lusitania“. Und wir müßten auch nicht, wie sich angeht dieser Katastrophe anderes als unbegrenztes Mitleid zu allererst aufdrängen sollte.

Amerika ersucht um eine amtliche Erklärung.

Kopenhagen, 10. Mai. (B. Z. B.) „Nationaltidende“ meldet aus London: Das Washingtoner Auswärtige Amt hat von der Regierung in Berlin Bericht über die Torpedierung der „Lusitania“ erhalten und fordert, daß der Bericht auf den Meldungen des Führers des Unterseebootes beruhe. Der Kriegsminister Garrison hat seine Inspektionsreise nach Tennessee unterbrochen.

Eine italienische Stimme zum Untergang der „Lusitania“.

Zürich, 10. Mai. (Z. U.) „Corriere della Sera“ berichtet aus London: Es sei unmöglich, den Eindruck richtig zu beschreiben, den die Nachricht von dem Untergang der „Lusitania“ dort hervorgerufen habe, und es zeigt sich in London das Verlangen nach Rache. Es verlautet, daß Amerika an Deutschland eine im ersten Tone gehaltene Note überreicht habe. Die amerikanischen Blätter schreiben sehr scharf gegen die Torpedierung der „Lusitania“. „Corriere della Sera“ spricht von einer riesigen Rache, die die Grenze des im Arzenei zulässigen überschreitet, und die kalte Kriegsbarbarie beweise, die auch in den Neuherungen des deutschen Generalstabes über den Kriegsausbruch zutage treten. Während man auf dem Meere morde, vergiftet man die Feinde zu Lande durch vergiftete Gase. Alles das vermehre die Entrüstung gegen Deutschland.

Vanderbilt gerettet?

Von der schweizerischen Grenze, 10. Mai. (Z. U.) Nach einer Havas-Meldung aus New York sind Vanderbilt und Miss Stone, die Tochter des Direktors der Associated Press, gerettet. (A. S. S. 31.)

Ein deutsches Torpedoboot beschädigt.

Die der russische Generalstab mitteilt, ist bei Libau ein deutsches Torpedoboot auf eine Mine gelaufen und in die Luft gesprengt worden. Demgegenüber sind wir in der Lage, nach Auskunft von gut unterrichteter Seite mitzuteilen, daß das Torpedoboot wohl auf eine Mine gelaufen, aber nicht gesunken ist. Es ist vielmehr nur leicht beschädigt und befindet sich schon wieder in Memel, wo die Reparaturarbeiten nur kurze Zeit in Anspruch nehmen werden.

Englischer Fischdampfer in die Luft geflogen.

London, 10. Mai. (B. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Grimshy: Der Fischdampfer „Hellenic“ stieß am Sonnabend auf eine Mine und flog in die Luft. Von der Besatzung wurden zwei Mann getötet, der Rest in Grimshy gelandet.

Ein englisches Dementi.

London, 9. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Admiralität berichtet: Die amtliche deutsche Mitteilung, daß ein englisches Unterseeboot im Gefechte mit einem Luftschiff vernichtet worden sei, ist unwar. Das Unterseeboot ist wohlbehalten zurückgekehrt und hat gemeldet, daß das Luftschiff sich hat zurückziehen müssen, weil es durch Geschützfeuer beschädigt war.

Anmerkung der Redaktion des B. Z. B.: Hierzu erfahren wir an maßgebender Stelle: Wie in der amtlichen deutschen Mitteilung vom 4. Mai bekannt gegeben, hatte das Luftschiff mit mehreren englischen Unterseebooten ein Gefecht, in dessen Verlauf die Vernichtung eines der englischen Unterseeboote einwandfrei festgestellt worden ist. Die Erklärung der britischen Admiralität spricht nur von einem wohlbehalten zurückgekehrten Unterseeboot. Sie kann daher als eine zwar einseitige, aber immerhin erfreuliche Bestätigung der amtlichen deutschen Bekanntmachung vom 4. Mai angesehen werden. Die Behauptung der britischen Admiralität, daß das Luftschiff beschädigt worden sei, ist unzutreffend. Das Luftschiff hat keinerlei Beschädigungen erhalten.

Der U-Bootskrieg und die englische Schifffahrt.

London, 10. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Obwohl von den Mitteilungen der Admiralität über die deutsche Blockade hervor geht, daß die Unterseeboote in der Woche bis zum 8. Mai eine lebhaftige Tätigkeit entwickelten, vor allen gegen Fischereifahrzeuge, so kann man doch sagen, daß die Anzahl der ein-

gelaufenen Schiffe seit Ausbruch des Krieges, nie so groß war, wie in dieser Woche. Ihre Zahl stieg von 801 in der am 12. August 1914 endigenden Woche auf 1601. Bei Blohds wird erklärt, daß selbst der Verlust der „Lusitania“ auf die britische Schifffahrt wenig Einfluß haben werde. Die Zahl der Reisenden, die gestern bei der Cunard Linie Reisen nach Amerika buchten liegen, war ungefähr ebenso groß, wie gewöhnlich, während der Cunarddampfer „Transilbenie“, der gestern fahrplanmäßig aus New York abfuhr, 879 Passagiere an Bord hatte; nur zwölf Fahrgäste nahmen von der Reise Abstand.

Die englische Arbeiterpartei und der Krieg.

Am 28. April hat die Fraktion der englischen Arbeiterpartei im Unterhaus und der nationale Volksauswahlschuß der Arbeiterpartei in einer gemeinsamen Sitzung über die politische Situation der Partei im Hinblick auf den Krieg beraten. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Art, wie die im letzten August gefassten Beschlüsse ausgeführt worden sind, besonders die Teilnahme an der Leuppenwerbung und anderen Bemühungen für die „nationale Sache“ gutheißt und die Fortsetzung dieser Tätigkeit bis zum Sieg Englands und seiner Verbündeten und der Erlangung eines ehrenhaften, dauernden Friedens wünscht.

Kriegsfreundliche Sozialisten.

In England ist, wie der regierungsfreundliche „Daily Citizen“ meldet, ein „einflussreiches und repräsentatives sozialistisches Komitee für Nationalverteidigung“ in Bildung begriffen, das der „deutschfreundlichen und vorzeitigen Friedenspropaganda gewisser sozialistischer Sektionen Großbritanniens“ (d. h. vor allem der Unabhängigen Arbeiterpartei) entgegnet. Die Gründer des Komitees behaupten, daß diese „deutschfreundlichen Sozialisten“ nur einen kleinen Bruchteil der sozialistischen Arbeitererschaft umfassen und wollen den Anschauungen der Mehrheit Ausdruck geben, indem sie für die Fortsetzung des Krieges bis zur „vollständigen Niederwerfung des preussischen Militarismus“ eintreten. — In dieser Meldung ist immerhin eines erfreulich, nämlich daß sie indirekt zeigt, daß die Agitation der sozialistischen Kriegsgegner einen starken Einfluß ausübt, denn sonst würde man es wohl kaum für notwendig halten, eine besondere Gegenbewegung ins Leben zu rufen. Ein Manifest der sozialistischen Kriegsanwälte soll in den nächsten Tagen erscheinen.

Requisition der französischen Getreidevorräte.

Paris, 9. Mai. (B. Z. B.) Nach dem „Temps“ sind die Bürgermeistereien in Frankreich durch Rundschreiben beauftragt worden, in den Gemeinden alle Getreidevorräte zur Versorgung der Zivilbevölkerung zu requirieren. Als Preis ist 32 Frank für 100 Kilogramm festgesetzt.

Erhöhung der französischen Staatschuldscheine auf 6 Milliarden.

Paris, 9. Mai. (B. Z. B.) Die Kammer nahm den Gesetzentwurf auf Erhöhung des Ausgabebudgets der Staatschuldscheine und der Landesverteidigungsscheine auf sechs Milliarden an. Finanzminister Ribot erklärte namens der Regierung, daß augenblicklich 1975 Millionen Frank Staatschuldscheine im Umlauf seien. Das Publikum nehme die Landesverteidigungsschuldscheine aufs beste auf. Da Ende April 1200 Millionen ausgegeben worden seien, sei die Reserve des Landes noch lange nicht erschöpft. Die Regierung habe, um den notwendigen Ausgaben nachzukommen, außer der Mitwirkung des Landes ein neues Abkommen mit der Bank von Frankreich beschlossen, wonach diese den Betrag des Vorstusses an die französische Regierung auf neun Milliarden erhöhe, und zwar zur Bezahlung der bereits abgeschlossenen oder künftigen bedeutenden Anläufe. Die beste Quelle des Reichtums sei die Arbeit. Alle Bemühungen müßten auf die Entwicklung des Wirtschaftslebens abzielen. Darauf bezüglich könne man sagen, daß sich die Ausfuhr nach Amerika in befriedigender Höhe halte, während die Einfuhr beträchtlich zugenommen habe. Ribot erklärte sodann, die zwischen der englischen und französischen Regierung getroffenen Abmachungen, denen zufolge Frankreich das zur Aufrechterhaltung des englischen Kurzes in den Vereinigten Staaten notwendige Gold nach London schicken wird, wogegen England Frankreich den für Käufe notwendigen Kredit einräumen will. Der Finanzminister erbat das Vertrauen der Kammer, welcher er die Lage eingehender darlegen wolle, wenn er die Annahme von drei Budgetwölfeiten verlangen werde. Die Ereignisse, welche sich jetzt vorbereiteten, verhinderten, die Dauer des Krieges vorherzusagen. Er rufe das Land zum Feigen für die Zusammenarbeit der Regierung und der Nation auf. Die Einigkeit sei vollkommen. Alle Streitpunkte seien ausgeschaltet. Ribot schloß: Wir schwören, das Ziel, das wir uns gesetzt haben, mit allen Mitteln bis zum vollständigen Siege zu verfolgen. Die Kammer nahm die Rede des Finanzministers mit großem Beifall auf.

Kein Sonderfrieden der Türkei.

Konstantinopel, 10. Mai. (B. Z. B.) Das Ottomanische Nachrichtenbureau teilte dem Vertreter des Wiener I. I. Telegr. Korresp. Bureaus folgendes mit: Das im „Echo de Paris“ veröffentlichte Telegramm aus Konstantinopel über eine angebliche Sitzung der Partei für Einheit und Fortschritt, in der die Frage des Abschlusses eines Sonderfriedens erörtert worden sein soll, ist in allen Stücken für die Bedürfnisse des Dreierbundes erjunden. Die türkische Regierung ist mehr denn je ihren Bündnissen treu und legt das größte Vertrauen in einen günstigen Ausgang des Krieges.

Außerordentliche Ministerratsitzungen in Athen.

Athen, 10. Mai. (B. Z. B.) Von unserem Privatkorrespondenten. In den drei letzten Tagen wurden mehrere außerordentliche Ministerratsitzungen abgehalten, die sich, wie verlautet, mit der auswärtigen Politik beschäftigten. Das Ergebnis dieser Beratungen liegt bis jetzt nicht vor, ist aber nächstens zu erwarten. Der neuernannte russische Botschafter in Rom, von Giers, traf heute auf der Durchreise nach Italien hier ein.

Chinas Gegenforderungen an Japan.

Tokio, 10. Mai. (Z. U.) Es verlautet hier, daß China als Bedingung seines Nachgebens folgende Gegenforderungen an Japan gestellt habe: Erstens die Aufnahme des japanischen Versprechens der unbedingten Zurückgabe Kiautschow in das Verhandlungsprotokoll. China verlangt, daß Japan sich verpflichtet, allen Chinesen, die durch den Krieg Schaden an Gut und Blut erlitten hätten, Entschädigungen zu zahlen. Auch dieses Versprechen muß in das Protokoll aufgenommen werden; drittens: China verlangt von Japan das Versprechen, daß China nach dem Kriege an der Friedenskonferenz teilnehmen dürfe. Es verlautet, daß Japan die Forderungen ohne weiteres abgelehnt hat.

Verständigung zwischen Japan und China.

Petersburg, 10. Mai. (B. Z. B.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio: Der japanische Gesandte in Peking Hioki ist beauftragt worden, eine Entente mit China vorzubereiten, die voraussichtlich in der Woche vor Beginn der außerordentlichen Session des Parlaments geschlossen werden wird.

Berichtigung.

In der nach der „Berliner Tagwacht“ wiedergegebenen Übersetzung der Resolution des italienischen Parteivorstandes hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es heißt in der Resolution des Parteivorstandes nicht, daß das italienische Proletariat zu schwach sei, den Krieg zu verhindern, sondern man es zu schwach sein sollte usw., werde es während und nach dem Kriege an den Parteigrundsätzen feste festhalten.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Luftschiffe in der Nähe Londons.

London, 10. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Ein Zeppelin wurde am frühen Morgen in großer Höhe in der Nachbarschaft von Romfords gesehen, das zwölf Meilen von London entfernt ist, er schien von Southend oder Burslem zu kommen. Das Luftschiff wendete kurz vor Romfords und kehrte nach Chelmsford zurück. Auch über Grevesend wurde frühmorgens ein Luftschiff gesehen. Die Jorts eröffneten das Feuer und vertrieben es.

London, 10. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Zwei Zeppeline erschienen morgens 2.45 Uhr über Southend und Westcliff und warfen im ganzen einige dreißig Bomben ab. Einige Brandbomben verursachten eine Anzahl Brände. Sowie bis jetzt bekannt ist, wurden zwei Frauen getötet und eine Anzahl Einwohner verwundet. Eine Bombe wurde auf die Gaswerke abgeworfen, verfehlte aber ihr Ziel.

Französisches Eingeständnis.

Paris, 10. Mai. (Z. U.) Die französische Admiralität gesteht nunmehr endlich, wenn auch nur indirekt, die Niederlage ihres Landungskorps auf dem ostfriesischen Ufer der Dardanellen ein. Das offizielle Marinejournal veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Am 25. April wurde ein Regiment Kolonialinfanterie und eine Batterie 75-Millimeter-Geschütze an dem ostfriesischen Ufer bei Nimitalek an Land gesetzt unter dem Schutze der Artillerie der französischen Kriegsschiffe. Die Landung geschah unter sehr günstigen Bedingungen. Nachdem die Truppen den Ort besetzt hatten, marschierten sie nach Hent-Sherr. Ein außerordentlich heftiger Kampf entspann sich in der Nacht vom 25./26. April und dauerte den ganzen folgenden Tag an. Der Feind war an Zahl fast überlegen, erlitt aber große Verluste. Die Wiedererschließung unserer Truppen erfolgte in der Nacht vom 26. zum 27. April mit Unterstützung unserer Kriegsschiffe. Die beabsichtigte Wiedereinnahme des Feindes war völlig gelungen, das Gros der verbündeten Streitkräfte hatte während dieser Zeit auf der Halbinsel von Gallipoli festen Fuß zu fassen vermocht.

Griechenland und der Dreierbund.

Athen, 10. Mai. (Z. U.) Die Verhandlungen, die die diplomatischen Vertreter des Dreierbundes seit einiger Zeit von neuem mit der griechischen Regierung angestrengt haben, scheinen in ein neues Stadium getreten zu sein. Die Engländer sind von den Versprechungen zu den Drohungen übergegangen. Die ersten Korrespondenzen, denen Griechenland ausgefertigt werden soll, falls es dem Verlangen der Dreierbundsmächte nicht nachgibt, liegen auf finanziellem Gebiete. Die englischen Agenten hier sparen weder Zeit noch Geld, um die interventionistische Bewegung in der Presse und in der Bevölkerung von neuem aufzulockern zu lassen. Die von England gelaufenen Blätter bringen wiederum äußerst heftige Artikel im Hinblick auf die Haltung Italiens.

Die französische Presse über die Versenkung der „Lusitania“.

Paris, 10. Mai. (B. Z. B.) Die Versenkung der „Lusitania“ hat in der ganzen Presse einen wahren Sturm der Entrüstung entfacht. Die Versenkung sei ein neues Verbrechen Deutschlands, das dadurch erschwert werde, daß es mit Vorbedacht ausgeführt worden sei, wie die Warnung der Postfach in Washington vor der Ausfuhr der „Lusitania“ von New York beweise. Die Presse glaubt, daß die Versenkung ernste diplomatische Verwicklungen zur Folge haben werde, da Washington dem Anklage gegen das Leben zahlreicher Amerikaner gegenüber nicht gleichgültig bleiben könne. Einige Blätter deuten sogar an, daß das Ereignis den Bruch zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten herbeiführen könne.

Am eingehendsten spricht sich der „Temps“ aus. Er schreibt, man wäre versucht, die Versenkung der „Lusitania“ als den größten Erfolg der deutschen Unterseeboote zu bezeichnen, wenn man nicht feststellen müßte, daß der Torpedo außer dem Schiffe auch zehntausend Menschenleben getroffen habe. Der Verlust der „Lusitania“ sei ein großer Verlust für die englische Flotte, aber die Deutschen würden einen solchen Erfolg schwerlich noch einmal haben. Man müsse den Mut haben zu sagen, daß die Umat für Deutschland nicht nutzlos sei, da sie auf gewisse schwankende neutrale Staaten einen kommenden Einfluß ausüben werde.

Die Alliierten dürfen nicht trauern, sondern müßten handeln. Sie seien zwar des Sieges sicher, aber sie beschäftigten sich vielleicht nicht mit den Aufgaben, die bis dahin zu erfüllen seien. Man müsse Mittel finden, gewisse Alliierte zu erwidern und zu bestrafen, um den Gegner zu entmutigen und eine Wiederholung zu verhindern. Man schlöfe die Alliierten mit der Versenkung ein, daß die Deutschen Kampfwerkzeuge besitzen, die denjenigen der Alliierten überlegen seien, aber man dürfe nicht untätig sein, man müsse die Lehren aus den Kriegsergebnissen ziehen und alles daran setzen, mit Initiative und Kühnheit Mittel und Wege zu finden, um dem Feinde jeden Schlag mit einem Schläge heimzujagen zu können.

Politische Uebersicht.

Die Reform der Pensionsgesetz.

Die Budgetkommission des Reichstags nimmt am heutigen Dienstag ihre Beratungen wieder auf. In der Hauptsache handelt es sich darum, die Versorgungsansprüche der Invaliden, Witwen und Waisen einer Neuordnung zu unterziehen. Die Regierung hatte bei der letzten Tagung erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, dem Reichstag bereits jetzt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sich mit der in einer vom Parlament einstimmig angenommenen Resolution deckt, die eine Erhöhung der Pensionen unter Berücksichtigung des zuletzt bezogenen Einkommens fordert. Die Kommission wird unter diesen Umständen nichts anderes tun können, als das Versorgungsgesetz von 1907 zu ändern. Es bleibt dann abzuwarten, wie sich die Regierung zu diesen Beschlüssen stellen wird. Der Budgetkommission sind bereits eine Anzahl von Eingaben zugegangen, in denen Vorschläge der verschiedensten Art gemacht werden. In einer dieser Eingaben wird ein bereits von den Sozialdemokraten gemachter Vorschlag vertreten, als Berufungsinstitution gegen die Rentenfestsetzung die Organe des Reichsversicherungsamtes zu bestimmen, die auf diesem Gebiete eine umfassende Erfahrung haben. Der § 33 des Militärhinterbliebenengesetzes soll nach dem hier erwähnten Vorschlag folgende Fassung bekommen:

Wegen der Ansprüche aus diesem Gesetz ist gegen die Entscheidung der nach § 28 zuständigen Behörde die Berufung an das auf Grund der Reichsversicherungsordnung gebildete Oberversicherungsamt und gegen dessen Urteil der Rekurs an das auf Grund der Reichsversicherungsordnung gebildete Reichsversicherungsamt offen, das endgültig entscheidet. Die Frist für Einlegung des Rechtsmittels beträgt einen Monat seit Zustellung der angefochtenen Entscheidung. Die Zulässigkeit des Rekurses ist auf die Prüfung der Frage, ob eine Gesundheitsstörung als Dienstbeschädigung anzusehen ist und ob der Tod mit der Dienstbeschädigung zusammenhängt, beschränkt.

Zur Aufenthaltbeschränkung von Peiretes.

Genosse Reichstagsabgeordneter Peiretes ist nicht in Holzminden, sondern, wie die „Freisinnige Zeitung“ mitteilt, in Hammörsch Winden in Bürgerquartier untergebracht. Er kann sich frei und offen bewegen, muß sich aber täglich melden und darf die Stadt nicht verlassen.

Vom badischen „Burgfrieden“.

Die sozialdemokratische Partei in Offenburg (Baden) hatte am Sonnabend, den 8. Mai, eine Mitgliederversammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stand der Massenbericht für das letzte Vereinsjahr und ein Vortrag des Genossen Adolf Geel mit dem Thema: Maigedanken. Im Karlsruher „Volksfreund“ war in dem Hinweise auf diese Versammlung bemerkt, daß es sich um die Abhaltung der am letzten Sonnabend „jedenfalls irrtümlich“ verbotenen Mitgliederversammlung handle. Infolgedessen wurde sowohl der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, als auch der Referent am Sonnabend zum Amtsvorstand geladen. Dieser machte ihnen Mitteilung von dem Inhalt eines Briefes des badischen Ministers des Innern v. Bodman. Darin wird mitgeteilt, daß gegen die Abhaltung der Versammlung von der Militärbehörde keine Einwendung erhoben werde, wenn die beiden Vortragenden die Garantie übernehmen, daß durch den Vortrag und die sich daran knüpfenden Auseinandersetzungen der „Burgfrieden“ gewahrt und kein Anlaß zu politischen Erregungen gegeben werde. Im Verlauf des Sonnabend erhielt der Vorsitzende Haberer dann noch die Abschrift folgenden Telegramms:

Abschrift.

Telegramm an Hr. Amtsvorstand in Offenburg v. 8. V. 15. Auf Wunsch des Generalkommandos des XIV. Armeekorps ist dem Einberufer der heutigen Versammlung weiter auszugeben, durch Mitteilung an die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Presse und an solche Teilnehmer, die als Berichterstatter auswärtiger Blätter bekannt sind, dafür Sorge zu tragen, daß die Handschriften zu solchen Berichten vor der Drucklegung dem Amt zur Durchsicht und Genehmigung vorgelegt werden, und der Presse des Bezirks aufzugeben, keinen Bericht über die Versammlung zu bringen, der nicht vorher der Durchsicht und Genehmigung durch das Amt unterzogen ist.

Innere Ministerium. v. Bodman.

Die Versammlung war von ca. 30 Personen besucht und nahm ohne Ueberwachung den normalen Verlauf.

Verbotene Konferenz.

Im „Norddeutschen Volksblatt“, Rastlingen, lesen wir: Für den kommenden Sonntag hatte die sozialdemokratische Wahlkreisleitung eine Konferenz der Funktionäre in Bremen haben geplant, die sich mit der Wirkung des Krieges auf die Arbeiterschaft befassen sollte. Als Redner waren die Genossen Leisch-Berlin und Henke-Bremen vorgelesen. Die von den Veranstaltern nachgelagte Genehmigung wurde jedoch nicht erteilt, so daß die Konferenz leider nicht stattfinden kann.

Brotmarkenzulage für männliche Arbeiter.

Die Stadt Konstanz am Bodensee hat eine Einrichtung getroffen, die überall da Nachahmung verdient, wo besonders schwer tätige Arbeiter in Betracht kommen: sie gewährt zu den üblichen Brotmarken eine Zulage. Empfangsberechtigte sind männliche Arbeiter mit:

- 1. schwer körperlicher Arbeit,
2. teilweiser oder ganzer Nachtarbeit,
3. einem jährlichen Einkommen unter 3000 M.

Die Anmeldung zu diesen Zulagen erfolgt nicht durch die Arbeiter, sondern durch die Unternehmer, welche hierfür eine besondere Liste aufzustellen haben.

Gott strafe England — die Zeile 20 Pf.

Folgendes Zirkular geht Großhändlern und Lieferanten für Kolonialwaren- und Delikatessengeschäfte zu:

„Gott strafe England! „Allgemeiner Anzeiger für die deutschen Kolonialwaren- und Delikatessenhandlungen.“ Johannes Müller, Oberstraße bei Berlin. Großes, bestempfohlenes und wirksames Anzeigenblatt.

Die Aushungerungspolitik Englands macht sich fühlbar, indem viele Lieferanten keine Rohstoffe bzw. Waren hereinbekommen. Die Liste der lieferungsfähigen Firmen ist sehr zusammengeschrunken.

Sie können zu Ihrem Teil Englands schuldige Politik vereiteln und uns zum Siege verhelfen, indem Sie Händlern anzeigen, was Sie liefern können. Durch die „Allgemeinen Anzeigen“ können auch alle Magistrate, kommunalen Einkaufsverbände, Armeelieferanten, Kantinen usw. Ihr Angebot lesen. In Anbetracht der sehr schwierigen Lage auf dem allgemeinen Wirtschaftsmarkt haben wir den Anzeigenpreis trotz der sehr großen Verbreitung der „Allgemeinen Anzeigen“ auf das äußerste herabgesetzt und berechnen für die ganze einseitige Zeile nur 20 Pf.“ usw.

Daß die Magistrate usw. sonderliches Vergnügen an der „Gott strafe-England-Parole“ empfinden werden, ist doch wohl ausgeschlossen.

Die Ostseeprovinzen deutsch?

In der „Welt am Montag“ schreibt H. v. Gerlach: Letten und Esten haben sich jahrhundertlang geduldig beherrschen lassen. Kultur- und geschichtslos, erhoben sie Anspruch

auf Gleichberechtigung. Aber mit ihrer wachsenden wirtschaftlichen Entwicklung kam auch die Stunde des Erwachens ihres nationalen Bewußtseins. Ihre Landwirtschaft vervollkommnete sich, und mit wachsendem Unwillen sahen die Hunderttausende „undeutscher“ Bauern, daß 60 Proz. des Landes in den Händen weniger Hunderte von deutschen adeligen Familien waren. Mit Eifer wandten sie sich der Industriearbeit zu, für die sie besonderes Geschick beizubringen. Moderne „westliche“ Ideen drangen so in die breiten Massen ein. Ein intelligenter Mittelstand von Juristen, Advokaten, Ingenieuren usw. bildete sich (genau wie unter den Polen in der Ostmark oder unter den Tschechen in Böhmen). Dieser neue Mittelstand stellte der nationalen Bewegung die Führer.

Und diese Bewegung gipfelte in einem Gefühl: in dem Haß gegen die deutsche Herrschaft. Die russische Revolution von 1905/06 führte die Explosion herbei. Ja wilden Wellen schlug er empor.

Gewiß, der Absolutismus der baltischen Barone war immer ein aufgeklärter gewesen. Nach dem patriarchalischen System stammten sie Esten und Letten regiert. Sie hatten ihnen viel Gutes erwiesen. Aber die Stunde kam, sie mußte kommen, wo die „Undeutschen“ auch von den wohlwollendsten Herren nicht mehr regiert werden wollten. Sie wollten sich selbst regieren. Der Wille zur Macht wurde von der Macht der Zahl diktiert.

Die Deutschen in den Ostseeprovinzen zählen nur 200 000 Seelen, die Esten dagegen 900 000, die Letten 1 100 000. Ein Volk von zwei Millionen, das zum nationalen Bewußtsein erwacht ist, läßt sich von einem Herrenvolke von 200 000 nicht mehr beherrschen, selbst wenn dies Herrenvolk noch so hervorragende Eigenschaften besitzt.

Die Ostseeprovinzen verdanken fast alles den Deutschen. Aber sie sind nicht deutsch.

Was ich festgestellt haben möchte, ohne mich irgendwie über das „Kriegsziel“ zu äußern. Alldieweil mir das verboten ist.“

Zur Ergänzung dieser Ausführungen möchten wir auf zwei Aufsätze in Heft 1 und 2 der „Zeitschrift für Politik“ (Carl Heymanns Verlag, Berlin) hinweisen. Professor Reich und Professor Weizenberger kommen dort zu den gleichen Schlussfolgerungen über die innerlichen Bezüge Deutschlands und der russischen Ostseeprovinzen. Weizenberger, ein guter Kenner der Ostseeprovinzen, schreibt u. a. über die Stimmung in jenen Grenzgebieten:

„Das einzige, was unsere östlichen und südlichen Nachbarn gemein haben, ist ihre Abneigung gegen Rußland. Allein diese Abneigung richtet sich weniger gegen den Russen, als gegen das russische Regime, und ich bin überzeugt, daß Polen und Litauer und auch deutsche Baltien in demselben Augenblick sich zu Rußland bekennen würden, in dem ihnen die Gewißheit der Beilegung ihrer antirussischen Beschwerden gegeben wird. Selbst das baltische Deutschland — trotz seiner zuweilen überdeutschen Empfindens und der großartigen Leistungen, die es für seine Kultur gebracht hat — kann man sich von ihm schließlich sagen, daß es uns liebt? Begegnet es uns nicht vielfach mit Ueberhebung, vielfach mit mitteilidigen Abseltjuden wegen der Ungeheueren Verhältnisse, mit Wächeln über unsere vermeintliche Bedauerie, unseren militärischen Drill, und eben dies ist es, was unseren Nachbarn ein Einleben in unsere Verhältnisse erschweren würde. Unsere straffe Justiz würde sofort ihren Mißmut erregen. Dieser Mißmut aber, gesteigert durch die Inbequemlichkeiten, die jede neue Staatsordnung im Gefolge hat, würde die Zahl der Verdrossenen in unseren Grenzen unendlich vermehren, und wenn es überhaupt gelingen könnte, wären Jahrzehnte nötig, um die neuen Mitbürger dahin zu bringen, daß sie das Heil des deutschen Staates freudig über das Wohl des einzelnen stellen.“

Die Kämpfe bei Ypern.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Nach den schweren Kämpfen des Oktober 1914 waren in Westflandern am Meerkanal ebenso wie auf der übrigen Westfront die Operationen in einen zähen Stellungskrieg übergegangen, der nur zeitweilig von kleinen Offensivunternehmungen auf beiden Seiten unterbrochen wurde, ohne daß die allgemeine Lage eine wesentliche Änderung erlief.

Von der Nordsee folgten die beiderseitigen Stellungen bis Stenestraate (8 Kilometer nördlich Ypern) im allgemeinen dem Laufe des Meerkanals, dessen westliches Ufer zwischen der See und Dixmuiden an zahlreichen Stellen, zwischen Dixmuiden und Ypern nur bei drei Grachten von unseren Truppen gewonnen worden war. Zwischen Stenestraate und Coshoeel (1 Kilometer südlich Ypern) sprang die Stellung des Gegners leistungsfähig über den Kanalabschnitt nach Osten bis zur Straße Passchendaele — Beclaree vor und umschloß in weitem Bogen ein Gebiet, dessen Hauptverbindungen konzentrisch in Ypern zusammenliefen.

Im einzelnen erstreckte sich die Linie des Gegners von Stenestraate nach Osten über Langemarck bis Beclapelle, das in deutschem Besitz war, nahm westlich dieses Dorfes eine südöstliche Richtung und zog zwischen Ballemolen und Passchendaele nach Süden um; weiter folgte sie der Straße Woffelwart — Broodseinde — Beclaree, von der sie sich 2 Kilometer südöstlich Jonnedede nach Südosten wandte, um bei Coshoeel auf das Westufer des Kanals zurückzutreten. Dieser von den Franzosen, Engländern und Kolonialtruppen jeder Färbung besetzten Linie lagen die deutschen Stellungen in wechselndem Abstand, im allgemeinen aber sehr nahe gegenüber.

Das von ihnen umschlossene Gebiet ist, wie die ganze westflandrische Ebene, von flachen Erhebungen und Mulden durchzogen und mit zahlreichen weitausläufigen Ertrichaffen, Einzelhöfen, Waldhüden, Parks und Heiden so dicht besetzt, daß die Anblickssichtlichkeit des Geländes die Truppenführung und einseitige Gefechtsleitung schwierig gestaltet. Artilleriebeobachtung ist meist nur von erhöhten Punkten, Kirchtürmen, Windmühlen und ähnlichen möglich, aber auch hier beschränkt die dicke Bodenbeschichtung und die feuchte, übergrauene Luft, die die Fernverhältnisse, die Aussicht. Diese Schwierigkeiten des Geländes sind zum Teil der Grund, daß sich der Gegner monatelang in der teilweise ungünstigen Stellung, aus der er jetzt geworfen ist, behaupten und der im April begonnenen deutschen Offensive einen nachhaltigen, nur langsam weichen Widerstand bieten konnte.

Es lag seit langem in der Absicht des deutschen Armeeführers, die teilweise ungünstige Lage des Gegners zum Angriff östlich Ypern auszunutzen. Die Zurückdrängung des Gegners aus seiner vorspringenden Stellung gegen oder über den Meerabschnitt würde die Frontbreite der Arme verringern und den nach in Festland befindlichen Teil Belgiens verkleinern. Auch die moralische Wirkung eines groß angelegten Angriffs auf die Truppen dürfte nach dem langen Stellungskampf von Bedeutung sein.

Die Arme Sr. Königl. Hoheit des Herzogs Albrecht von Württemberg, die an der Hier liegt, konnte an die Verwirklichung dieser Absicht aber erst gehen, nachdem sie über die ihr so nötigen Strafe verfügte. Der von Norden, Osten und Süden umschloß der Gegner konnte auf die Dauer einem mit ausreichenden Kräften geführten Angriff nicht widerstehen, die deutschen Truppen standen im Norden und Süden von Ypern den dortigen Meerübergängen näher als die am weitesten nach Osten vorgeschobenen Teile des Feindes. Aus dieser Lage ergab sich die Art der Durchführung des Angriffs.

Der Hauptangriff mußte nach der Basis der feindlichen Stellung, die der Meerkanal bildete, angelegt werden, um den Ausgang des Sackes, in dem sich der Gegner östlich Ypern befand, allmählich zugrundezuliegen und damit die rückwärtigen Verbindungen zu bedrohen. Da die deutschen Stellungen südlich Ypern bereits auf 4 Kilometer gegen die Stadt vorgeschoben, im Norden aber um die doppelte Entfernung von hier entfernt waren, schien der Angriff aus dieser Richtung geboten. Es war anzustreben, daß der Gegner im östlichen Teil des Sackes möglichst lange festgehalten wurde. Der Hauptangriff durfte daher nicht zu weit nach Osten ausgedehnt werden, während den übrigen Teilen der Einschließungsfront die Aufgabe zufiel, den gegenüberstehenden Gegner zu fesseln. Diese Gedanken leiteten die am 22. April beginnende Offensive.

An diesem Tage waren die Vorbereitungen beendet, die der schwierige Angriff gegen eine seit Monaten ausgebauten, von einem zähen Verteidiger besetzte Stellung forderte. 6 Uhr abends brachen unsere Truppen aus der Linie Stenestraate — Langemarck vor. Der vollkommen überraschte Feind überließ ihnen seine erste und zweite Stellung, die 30 bis 500 Meter vor unserer Front lagen, und floh in westlicher Richtung über den Kanal und nach Süden, während seine Artillerie die nachdrängenden Deutschen aufzuhalten suchte. Als aber die Nacht herankam, fanden die Angriffstruppen in einer Linie, die dem Kanal von Stenestraate über bei Sas bis 2 Kilometer südwestlich Pittem folgte und, von hier nach Osten umliegend, in Richtung Beclaree die alten Stellungen des nächsten Abschnitts erreichte. Nur bei Stenestraate hatte der Feind heftigen Widerstand geleistet, aber dennoch war es gelungen, den Ort abends zu nehmen und hier, ebenso wie bei der Sas mit Teilen das linke Kanalufer zu gewinnen. Das tatsächliche Ergebnis des ersten Kampftages war, daß Gelände in einer Breite von 9 Kilometer und in einer Tiefe von 3 Kilometer gewonnen, der Ausgang des Sackes somit wesentlich verengt worden war; außerdem war in zwei neuen Stellungen westlich des Kanals fester Fuß gefaßt. Gleichzeitig mit dem Hauptangriff wurde der Gegner auf der ganzen übrigen Front beschäftigt.

Es war vorauszuweisen, daß die Verbände, nachdem sie ihren Verlust in vollem Umfang ersetzt hatten, beizubehalten würden, das Verlorene wiederzugewinnen. Die am 23. April beginnenden Kämpfe stellten auf beiden Seiten eine fast ununterbrochene Reihe von Verlusten dar, die Deutschen aus ihren neuen Stellungen zurückzudrängen, um sich von dem Feind auf die rückwärtigen Verbindungen zu befreien und das westliche Kanalufer dann in die Hand zu bekommen, um von hier den deutschen Hauptangriff im Rücken zu bedrohen. Die Aufgabe der deutschen Truppen war,

die gewonnenen Stellungen nicht nur zu behaupten, sondern unter Ausnutzung jeder günstigen Gelegenheit weitere Fortschritte in südlicher Richtung zu machen und den Ring um den Feind immer enger zu schließen. Bis zum 2. Mai spielten sich die Kämpfe am Kanal und zwischen ihm und der Straße Passchendaele — Broodseinde ab.

Bereits am 23. April setzten die feindlichen Gegenangriffe ein, aber an diesem Tage verfügte der Gegner aufeinander nur über geringe Reservenkräfte. Zwei Angriffe, von zwei französischen Regimentern und einem englischen Bataillon getrennt unternommen, brachen vor den schnell ausgebauten Stellungen zusammen. Die Angriffe waren gegen den westlichen Abschnitt unserer Front angelegt, in der Erkenntnis, daß aus dieser Richtung die größte Gefahr drohte. An den folgenden Tagen dehnten sich die Kämpfe weiter nach Osten aus, aber die härtesten Angriffe richteten sich immer wieder gegen den Westabschnitt, gegen den auch die Artillerie des Gegners vom linken Kanalufer konzentriert wirken konnte. Die erditterten Kämpfe, bei denen beide Seiten abwechselnd Angreifer und Verteidiger waren, französischerseits meist als Einzelgefechte auf der in dem unübersichtlichen Gelände vielfach gedrohenen Front.

Es erübrigt sich, den Kämpfen in den Tagen bis zum 2. Mai im einzelnen nachzugehen. Es ist ein zähes Ringen, in dem die Stärke der angreifenden Truppen bedeutend schwankt, größere zusammenhängende Angriffe des Gegners aber selten sind. Ueber Ypern zieht er Verstärkungen heran, die auf etwa zwei englische und ein bis zwei französische Divisionen zu schätzen sind. Am 24. April wird der Angriff einer englischen Division unter schwerem Verlust für diese abgelehnt. Am 25. werden fünf englische Bataillone westlich St. Julien durch konzentriertes Maschinengewehrfeuer fast bis auf den letzten Mann vernichtet. Den härtesten Angriff brachte der 26. April, als etwa ein Armeekorps zwischen den Straßen von Pittem nach Ypern und St. Julien sowie weiter östlich vorging; es wurde blutig abgewiesen und 3000 tote Engländer blieben liegen. Denselben Mißerfolg hatte ein an dem Kanal angelegter breiter Angriff am folgenden Tage. Auch aus dem östlichen Punkt ihrer Stellung bei Broodseinde verjagten die Engländer einen Vorstoß. Ein harter, aber erfolgloser französischer Angriff am 1. Mai in unserem Westabschnitt stellte den letzten Versuch des Gegners dar, seine Stellung, in die er am 23. April gedrängt war und die er am 2. Mai ebenfalls aufgeben mußte, wieder vorzutragen. Die außerordentlich großen Verluste in diesen Kämpfen — vom 23. April bis 1. Mai — außer laufenden Toten und Verwundeten — etwa 5000 Gefangene, 60 Geschütze, darunter vier schwere englische lange Kanonen, und anderes Kriegsmaterial — hatten den Verbänden kein Stützpunkt am 22. April verlorenen Geländes zurückgebracht. Folgendes war es unseren Truppen gelungen, die eigenen Linien langsam in Gegen St. Julien — nordwestlich St. Straßensattel — vorzuschieben. Ein großer Wirlwind war das Feuer der deutschen Artillerie, daß sich Tag und Nacht außer auf die rückwärtigen Verbindungen sowie Ypern richtete und sogar den 12 Kilometer westlich dieser Stadt gelegenen Etappenhauptort Koperinge erregte. Die Batterien unseres Stützpunktes konnten nach dem Erfolg des 22. April die Angriffe gegen unseren Nordflügel im Rücken wirkungsvoll unter

Landtagskandidatur.

Für die Landtagswahl in Ostpreußen haben die National-Liberalen den Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Nischhofen aufgestellt. Die Fortschrittler haben diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilt. Die Sozialdemokraten werden Wahlfesthaltung üben, so daß die Wahl Nischhofens gesichert ist.

Einrichtung deutscher Postanstalten in Rußisch-Polen.

Königsberg, 10. Mai. (B. Z. V.) In Kalisch, Bendzin, Gzenioschau, Kolo, Konin, Lody, Zabianice, Sieradz und Wloclawek in Rußisch-Polen sind deutsche Post- und Telegraphenanstalten in Betrieb gesetzt, die der neu gebildeten „Kaiserlich deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Rußisch-Polen“ in Kalisch unterstellt sind. Diese Anstalten vermitteln vorerst den Verkehr der in Rußisch-Polen befindlichen deutschen Behörden und ihrer Angehörigen. Der private Postverkehr zwischen Deutschland und diesen Verkehrsanstalten ist noch nicht zugelassen. Bei den Postanstalten in Rußisch-Polen werden deutsche Postwertzeichen mit dem Ueberdruck „Rußisch-Polen“ ausgegeben und zwar Freimarken zu 3, 5, 10, 20 und 40 Pf., Postkarten zu 5 Pf. und Antwortkarten zu 5 und 10 Pf. Zu Sammelzwecken werden solche Wertzeichen bei der Kolonial-Wertzeichenstelle des Briefpostamts Berlin C. 2, Königsstraße 61, vom 12. Mai ab zum Verkauf gestellt.

Parlamentäre Reform in der Schweiz.

Zu der gemeldeten Volksabstimmung in Basel über die Reduktion der Mitgliederzahl des Großen Rates von 130 auf 100 ist zu berichten, daß die Regierung aus formellen Gründen die Abstimmung als ungültig erklärte, so daß eine zweite Volksabstimmung vorgenommen werden muß. Es ist möglich, daß dann der reaktionäre Vorschlag verworfen wird.

Zur Verständigung.

Genosse Winnig sendet uns folgende Zuschrift, auf die wir in einer der nächsten Nummern antworten werden.

Die Redaktion des Zentralorgans hat die Kritik, die ich in den letzten Nummern über meine Haltung üben mußte, mit einer längeren Erwiderung beantwortet. Das ist schon am 29. April geschehen. Ich habe mich erst heute entschließen können, auf diese Erwiderung der Redaktion noch einmal das Wort zu nehmen. Ich werde zu sehr in notwendiger Arbeit, um schnell zur Fliese eines solchen Austausch der Meinungen bereit zu sein. Glücklicherweise kann ich die Sache kürzer abtun als die Redaktion es für nötig erachtete.

Die Redaktion stellt ihre Erwiderung meines Erachtens auf eine zu schmale Basis; sie beschäftigt sich so ausführlich mit der Person ihres Kritikers, daß der Inhalt und das Wesen der Kritik dabei entschieden zu kurz kommen, wenn die Erwiderung — was ich selbstverständlich voraussetze — den Zweck haben soll, die Parteioffentlichkeit von dem Unrecht der Kritik zu überzeugen. Darauf allein kann es aber doch nur ankommen. Ich habe den „Vorwärts“ nicht kritisiert, um seine Redakteure zu schmähen oder ihnen Unbequemlichkeiten zu bereiten, sondern um zu zeigen, daß seine Haltung der Partei, dann aber auch — und darauf lege ich besonderes Gewicht — den Gewerkschaften und der deutschen Arbeiterklasse schädlich, abträglich und schädlich ist. Um diese Sache allein handelt es sich, nicht um meine Person, die sicherlich ebenso nebensächlich ist wie die Personen der gegenwärtigen Redakteure unseres Zentralorgans. Und von dieser Sache sagt die Erwiderung sehr wenig, auf jeden Fall zu wenig, um der Parteioffentlichkeit ein Urteil zu ermöglichen.

Die Erwiderung geht auf meinen Vorwurf ein, daß die Haltung des Zentralorgans dem Ansehen der Partei schade und der Wiederherstellung guter internationaler Beziehungen Schwierigkeiten bereite. Leider teilt die Redaktion nicht mit, wie ich diesen Vorwurf begründe, und doch ist das doch eigentlich nicht unwesentlich. Ich sagte in meiner Kritik, die Genossen der mit uns im Kriege stehenden Länder müßten aus der Haltung des Zentralorgans die Ueberzeugung schöpfen, daß die deutsche Sozialdemokratie wirklich ein nicht zu rechtfertigendes Verhalten beobachtet habe, und diese Haltung müsse sie weiter ermuntern, ihrerseits die Kritik an unserer Partei zu üben, an der das Zentralorgan durch die Zensur behindert sei. Es ist klar, daß dadurch die Wieder-

herstellung guter internationaler Beziehungen nicht erleichtert, sondern erschwert wird. Ich begründe das in meiner Kritik so: „Wir können uns zu einer neuen Internationale doch nicht etwa auf dem Wege zusammenfinden, daß die deutsche Sozialdemokratie in Saad und Aische für die Verneinung büßt, das gleiche Recht zur nationalen Selbstbehauptung beansprucht zu haben, wie die französischen und englischen Sozialisten, sondern, wenn überhaupt, dann nur in der gegenseitigen Anerkennung dieses Rechts. Die Haltung des Zentralorgans aber nährt und befestigt die Auffassung der ausländischen Genossen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie einer Todsünde gegen den Geist des internationalen Sozialismus schuldig gemacht habe und sich erst entschließen müsse, ehe sie der internationalen Freundschaft wieder würdig sei.“

Ich glaube, daß in dieser Auffassung mehr Logik liegt als in der Auffassung der Redaktion des Zentralorgans. Aber ich will das nicht entscheiden, sondern nur der Parteioffentlichkeit unterbreiten. Die Redaktion meint, gerade ihre Haltung werde die Brücke zu den Genossen der anderen Länder schlagen. Gewiß wird die Redaktion bei den französischen und englischen Genossen, auch bei manchen Genossen des neutralen Auslandes, mit ihrer Haltung Sympathien erwecken. Aber nur auf Kosten der deutschen Sozialdemokratie; je freundlicher man die Redaktion des Zentralorgans anseht, um so strafbarer werden die Blide auf der Partei ruhen. Die Internationale aber muß die Verbindung der Parteien, der Arbeiter sein, nicht die Verbindung der Redakteure unserer Zentralorgane. Unsere Zentralredakteure mögen sehr prominente Genossen sein, ich nehme das wenigstens von vornherein an, aber trotzdem kann sich keine Internationale auf sie allein stützen, sondern sie bedarf der festen Verankerung in den Organisationen und in den Massen. Ich kann nicht umhin, den Genossen vom Zentralorgan ganz ernstlich nahezu legen, diese Gründe noch einmal zu überdenken; sie sind meines Erachtens so einleuchtend, daß auch sie ihnen beipflichten müssen, wenn sie sie recht reichlich überlegen.

Ein zweiter Punkt meiner Kritik ist das schlechte Verhältnis des Zentralorgans zu den Gewerkschaften. Die Redaktion will zwar das nur für die Gewerkschaftsführer gelten lassen; aber damit würde sie die Aussprache auf ein Gebiet hinüberleiten, wo wiederum der Gegenstand von den Personen verdrängt würde. Ich kann mir nicht denken, daß das ihre Absicht ist. Die Redaktion hat darin ja auch, ganz objektiv gesehen, unrecht; denn dies schlechte Verhältnis trat bei mehreren nicht bedeutungslosen Anlässen zu Tage, wo es sich nicht um die Personen der zufälligen Gewerkschaftsführer, sondern um die Methoden der gewerkschaftlichen Arbeit handelte. Jeder Parteigenosse weiß, welche Anlässe das waren, ich brauche sie nicht erst zu nennen. Ich bin weit davon entfernt, einen schlechten Willen dahinter zu suchen; es ist die Folge einer gewissen Entfremdung zwischen einem Teile der nur politisch tätigen Genossen mit dem Gewerkschaftswesen unserer Tage, das im Laufe zweier Jahrzehnte durch die Entwicklung der Arbeitskämpfe, durch das Eindringen des Tarifvertrages in das Arbeitsverhältnis und durch manches andere eine Vielzahl neuer Züge erhalten hat, die von diesen Genossen — und dazu gehören m. E. auch die Genossen vom Zentralorgan — nicht in ihrer vollen Bedeutung verstanden und gewürdigt werden. Es fehlt eben dem Zentralorgan ein wirklich inneres Verhältnis zum deutschen Gewerkschaftswesen. Und dazu sage ich in meiner Kritik:

„Die Kriegszeit hat die innerliche Entfremdung des Zentralorgans vom deutschen Gewerkschaftswesen der ganzen Leffentlichkeit sichtbar werden lassen. Ein solcher Zustand, wo das Zentralorgan der Partei in so ausgesprochener und scharfer Opposition zum ganzen Gewerkschaftswesen und zu seiner ersten Vertretung steht, ist unhaltbar, von allem andern abgesehen. Heute arbeiten im ganzen Lande die Organisationen, in Berlin die zentralen Vertretungen der Partei und der Gewerkschaften einträchtig und erfolgreich mit einander, und das Zentralorgan der Partei steht den Gewerkschaften feindlich und ablehnend, ja nahezu feindlich gegenüber. Soll das noch so weiter gehen?“

Es mag ja sein, daß die Unleidlichkeit eines solchen Zustandes übersehbar, weil ich sie bei meinem Streben nach möglicher Harmonie zwischen den beiden Teilen der Arbeiterbewegung vielleicht zu lebhaft empfinde; ich sage wiederum: ich will das nicht mit dem Ansprache einer höchsten Instanz entscheiden, ich will es nur der Parteioffentlichkeit vorstellen. Es ist aber auch hohe Zeit, das jetzt zu sagen, weil diese Erscheinungen die Ursachen anderer Erscheinungen geworden sind, deren Ausrottung eben nur dann Sinn hat, wenn sie jetzt geschieht. Damit komme ich zum dritten Punkt meiner Kritik, nämlich zu dem Vorwurf, daß unser Zentralorgan die Arbeiterinteressen an der sozialen Kriegsfrüherge nicht mit dem Kadrua, mit der Wärme und mit der inneren Vertrautheit mit dem Gegenstande wahrgenommen hat, die die Not der Zeit erfordert.

Es mag ja sein, daß die Unleidlichkeit eines solchen Zustandes übersehbar, weil ich sie bei meinem Streben nach möglicher Harmonie zwischen den beiden Teilen der Arbeiterbewegung vielleicht zu lebhaft empfinde; ich sage wiederum: ich will das nicht mit dem Ansprache einer höchsten Instanz entscheiden, ich will es nur der Parteioffentlichkeit vorstellen. Es ist aber auch hohe Zeit, das jetzt zu sagen, weil diese Erscheinungen die Ursachen anderer Erscheinungen geworden sind, deren Ausrottung eben nur dann Sinn hat, wenn sie jetzt geschieht. Damit komme ich zum dritten Punkt meiner Kritik, nämlich zu dem Vorwurf, daß unser Zentralorgan die Arbeiterinteressen an der sozialen Kriegsfrüherge nicht mit dem Kadrua, mit der Wärme und mit der inneren Vertrautheit mit dem Gegenstande wahrgenommen hat, die die Not der Zeit erfordert.

herstellung guter internationaler Beziehungen nicht erleichtert, sondern erschwert wird. Ich begründe das in meiner Kritik so:

„Wir können uns zu einer neuen Internationale doch nicht etwa auf dem Wege zusammenfinden, daß die deutsche Sozialdemokratie in Saad und Aische für die Verneinung büßt, das gleiche Recht zur nationalen Selbstbehauptung beansprucht zu haben, wie die französischen und englischen Sozialisten, sondern, wenn überhaupt, dann nur in der gegenseitigen Anerkennung dieses Rechts. Die Haltung des Zentralorgans aber nährt und befestigt die Auffassung der ausländischen Genossen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie einer Todsünde gegen den Geist des internationalen Sozialismus schuldig gemacht habe und sich erst entschließen müsse, ehe sie der internationalen Freundschaft wieder würdig sei.“

Ich glaube, daß in dieser Auffassung mehr Logik liegt als in der Auffassung der Redaktion des Zentralorgans. Aber ich will das nicht entscheiden, sondern nur der Parteioffentlichkeit unterbreiten. Die Redaktion meint, gerade ihre Haltung werde die Brücke zu den Genossen der anderen Länder schlagen. Gewiß wird die Redaktion bei den französischen und englischen Genossen, auch bei manchen Genossen des neutralen Auslandes, mit ihrer Haltung Sympathien erwecken. Aber nur auf Kosten der deutschen Sozialdemokratie; je freundlicher man die Redaktion des Zentralorgans anseht, um so strafbarer werden die Blide auf der Partei ruhen. Die Internationale aber muß die Verbindung der Parteien, der Arbeiter sein, nicht die Verbindung der Redakteure unserer Zentralorgane. Unsere Zentralredakteure mögen sehr prominente Genossen sein, ich nehme das wenigstens von vornherein an, aber trotzdem kann sich keine Internationale auf sie allein stützen, sondern sie bedarf der festen Verankerung in den Organisationen und in den Massen. Ich kann nicht umhin, den Genossen vom Zentralorgan ganz ernstlich nahezu legen, diese Gründe noch einmal zu überdenken; sie sind meines Erachtens so einleuchtend, daß auch sie ihnen beipflichten müssen, wenn sie sie recht reichlich überlegen.

Ein zweiter Punkt meiner Kritik ist das schlechte Verhältnis des Zentralorgans zu den Gewerkschaften. Die Redaktion will zwar das nur für die Gewerkschaftsführer gelten lassen; aber damit würde sie die Aussprache auf ein Gebiet hinüberleiten, wo wiederum der Gegenstand von den Personen verdrängt würde. Ich kann mir nicht denken, daß das ihre Absicht ist. Die Redaktion hat darin ja auch, ganz objektiv gesehen, unrecht; denn dies schlechte Verhältnis trat bei mehreren nicht bedeutungslosen Anlässen zu Tage, wo es sich nicht um die Personen der zufälligen Gewerkschaftsführer, sondern um die Methoden der gewerkschaftlichen Arbeit handelte. Jeder Parteigenosse weiß, welche Anlässe das waren, ich brauche sie nicht erst zu nennen. Ich bin weit davon entfernt, einen schlechten Willen dahinter zu suchen; es ist die Folge einer gewissen Entfremdung zwischen einem Teile der nur politisch tätigen Genossen mit dem Gewerkschaftswesen unserer Tage, das im Laufe zweier Jahrzehnte durch die Entwicklung der Arbeitskämpfe, durch das Eindringen des Tarifvertrages in das Arbeitsverhältnis und durch manches andere eine Vielzahl neuer Züge erhalten hat, die von diesen Genossen — und dazu gehören m. E. auch die Genossen vom Zentralorgan — nicht in ihrer vollen Bedeutung verstanden und gewürdigt werden. Es fehlt eben dem Zentralorgan ein wirklich inneres Verhältnis zum deutschen Gewerkschaftswesen. Und dazu sage ich in meiner Kritik:

„Die Kriegszeit hat die innerliche Entfremdung des Zentralorgans vom deutschen Gewerkschaftswesen der ganzen Leffentlichkeit sichtbar werden lassen. Ein solcher Zustand, wo das Zentralorgan der Partei in so ausgesprochener und scharfer Opposition zum ganzen Gewerkschaftswesen und zu seiner ersten Vertretung steht, ist unhaltbar, von allem andern abgesehen. Heute arbeiten im ganzen Lande die Organisationen, in Berlin die zentralen Vertretungen der Partei und der Gewerkschaften einträchtig und erfolgreich mit einander, und das Zentralorgan der Partei steht den Gewerkschaften feindlich und ablehnend, ja nahezu feindlich gegenüber. Soll das noch so weiter gehen?“

Es mag ja sein, daß die Unleidlichkeit eines solchen Zustandes übersehbar, weil ich sie bei meinem Streben nach möglicher Harmonie zwischen den beiden Teilen der Arbeiterbewegung vielleicht zu lebhaft empfinde; ich sage wiederum: ich will das nicht mit dem Ansprache einer höchsten Instanz entscheiden, ich will es nur der Parteioffentlichkeit vorstellen. Es ist aber auch hohe Zeit, das jetzt zu sagen, weil diese Erscheinungen die Ursachen anderer Erscheinungen geworden sind, deren Ausrottung eben nur dann Sinn hat, wenn sie jetzt geschieht. Damit komme ich zum dritten Punkt meiner Kritik, nämlich zu dem Vorwurf, daß unser Zentralorgan die Arbeiterinteressen an der sozialen Kriegsfrüherge nicht mit dem Kadrua, mit der Wärme und mit der inneren Vertrautheit mit dem Gegenstande wahrgenommen hat, die die Not der Zeit erfordert.

inneren Halt erschüttern, wodurch die Fortsetzung des deutschen Angriffes gänzlich vorbereitet wurde.

Der Entschluß hierzu wurde am 2. Mai gefaßt. Am Abend dieses Tages begann der Angriff auf der ganzen Nord- und Nordostfront; im Westen kam er in der Mitte, nämlich St. Julien, in dem Abschnitt zwischen dem westlich des Dorfes gelegenen Wäldchen und der Straße Langemard—Yonnebese, vorwärts. Nach der Einnahme der Nacht war hier Gelände in einer Tiefe von 1/2—1 Kilometer gewonnen, und die Straße Rosfeldmarkt—Fortuin erreicht; der Häuserkampf in dem letztgenannten Orte endete mit dem deutschen Sieg. In beiden Seiten dieses Angriffstreifens entwickelten sich ebenfalls hartnäckige Kämpfe, in denen unsere Truppen nur sehr langsam Boden gewannen. Trotz heftiger feindlicher Gegenangriffe schob sich aber unsere Linie am 3. Mai weiter vor. In frühem Sturm entziffen württembergische und sächsische Bataillone den Engländern das als Stützpunkt stark ausgebaute Wäldchen nördlich S'Gradenstapel, den Eckpfeiler im Schnittpunkt der feindlichen Nord- und Ostfront. Die die Gräben füllenden englischen Leichen bezogen den kaperen Widerstand des Gegners.

Der starke Druck des von der gesamten Artillerie gestützten deutschen Angriffes verfehlte nicht seine Wirkung auf die Entschlüsse des Gegners. Wieder war der Saad, in dem er sich befand, enger geworden und mit dem weiteren Fortschreiten des deutschen Angriffes wuchs die Gefahr, daß die am weitesten nach Osten vorgeschobenen Teile nicht mehr rechtzeitig zurückgenommen werden konnten. Schon am Abend des 2. Mai hatten Flieger den Rückmarsch kleinerer Abteilungen in westlicher Richtung und die Fertigstellung des feindlichen Brückentopfes dicht östlich Ypern gemeldet. Zur Mitten der feindlichen Front war auffallend wenig Bewegung festzustellen.

In der Nacht vom 3. zum 4. Mai haute der Gegner ab. Seine ganze Nord-, Ost- und Südfront zwischen Fortuin, Woodbeine, Klein-Billebese gab er in einer Breite von 15 Kilometer auf und überließ unseren überall sofort nachdrängenden Truppen Gelände in einer Tiefe von 1/2—3 Kilometer. Es waren sehr langen nicht mehr gesehene Bilder des Bewegungskrieges, als unsere Schützenlinien, von geschlossenen Abteilungen gefolgt, die flandrische Landschaft belebten, lange Artillerie- und Munitionskolonnen im Trabe nachgezogen wurden und Reiterden in grünen Wiesen und verlassenen englischen Stellungen lagen. Heberall in dem vernichteten Landstrich waren die gewaltigen Wirkungen unserer Kampfmittel zu sehen.

In westlichen und mittleren Abschnitten ihrer Nordfront, wie in den westlichen Teilen ihrer Südfront behaupteten die Verbündeten ihre Stellungen mit zähem Widerstand; um den Rückzug der übrigen Teile zu decken. Diese setzten sich erneut in der ungefähren Linie 700 Meter südwestlich Fortuin—Frezenberg—Giffert — Ostrand des Waldes östlich Billebese — fest, und hiermit beginnt ein neuer Abschnitt der Kämpfe.

Das vom Gegner behauptete Gebiet östlich des Kanals, das bis zum 2. April eine Frontbreite von 25 Kilometer und eine größte Tiefe von 9 Kilometer hatte, ist auf 13 Kilometer Breite und 3 Kilometer Tiefe zusammengekrumpft. Der Saad ist so bedeutend enger geworden und der konzentrischen Wirkung der deutschen Artillerie noch mehr als bisher ausgefetzt.

Auch hier will ich gern glauben, daß es an dem guten Willen nicht gefehlt hat. Aber einmal steht die Redaktion infolge ihres abweichenden Standpunktes zu den politischen Kriegsfragen diesem Gegenstande nicht mit der inneren Freiheit und Freudigkeit gegenüber, die zur hingebungsollen Arbeit auf diesem Gebiete gehört. Und zweitens hindert sie ihr schlechtes Verhältnis zu den zentralen Vertretungen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen an dem notwendigen verständnisvollen Zusammenarbeiten mit diesen Körperschaften, die doch nun einmal die berufenen Organe zur Vorbereitung und zur Befechtung unserer Forderungen vor den Behörden sind. Aus diesen Gründen hat unser Zentralorgan versagt und — wie die Dinge liegen — versagen müssen. Und darum schrieb ich:

„Selbst wenn sich das Zentralorgan nicht entschließen konnte den deutschen Standpunkt so zu vertreten, wie es die Temperamentvolleren unter uns wünschten, so hätte sich ihm eine große und schöne Gelegenheit geboten, der Sache des Volkes zu dienen, wenn es sich mit Eifer und Sachkunde der vielen Fragen der Kriegespolitik angenommen hätte. An der führenden Stelle unter all den Kräften, die an der Förderung der Sozialpolitik der Kriegszeit arbeiten, wäre der Platz des „Vorwärts“ gewesen. Unser Zentralorgan wäre wie keine andere Zeitung berufen gewesen, hier anregend und befruchtend zu wirken. Aber was sieht man, wenn man die Nummern seit dem Kriegsausbruch durchblättert? Häufig mehr große als verständige Worte und im übrigen Mißsee: die offiziellen Mitteilungen und Befehle. Es mag sein, daß trotzdem nicht versäumt wurde, da das Korrespondenzblatt der Generalkommission die wirtschaftlichen Interessen der breiten Masse in glänzender Weise verfolgte. Aber dadurch wird das Versagen des Zentralorgans nicht aufgehoben. Die meisten Menschen und leider auch die Genossen vom „Vorwärts“ haben keine Ahnung, wie ausgedehnt die Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist, was für die Arbeitsvermittlung geschieht, was die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen für Regsamkeit und Umsicht erfordert, wie hier die eine Aufgabe immer die andere abläßt. Dieser ganze Strom rauscht an unserem Zentralorgan vorbei, und es findet höchstens ein größeres Interesse daran, wenn diese oder jene Einzelheit, wie etwa die Beteiligung an den Aufklärungskursen über Volksernährung, Gelegenheit zur Befruchtung des Straßens bietet.“

Ich will feststellen, daß die Redaktion auf diese Vorwürfe gar nicht eingegangen ist; gerade das ist eben auch ein Zeichen, wie fremd sie diesen Gegenständen gegenübersteht. Die Redaktion beantwortet meine Kritik mit einer Reihe durchaus nicht loyal geschätzter Bismarck-Artikeln, die ich geschrieben habe, um mich als einen Bekenner eines „bürgerlichen“ und „nationalen“ Sozialismus hinzustellen. Aber auch gegenüber diesen Bismarck macht sie keinen Versuch, meine Ansichten sachlich zu entkräften, sondern sie ohne ein Wort der Begründung mit der Abstempelung als „bürgerlich“ und „nationalsozial“ fertig. Diese Art, die soziologisch so wichtige Frage nach den sozialpolitischen Wirkungen der politischen und gewerkschaftlichen Kulturarbeit ohne ein sachliches Wort mit einer persönlichen Invektive abzutun, ist des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie nicht würdig. Aber darüber will ich kein Wort weiter verlieren. Ich trage den Vorwurf, einen bürgerlichen Sozialismus zu bekennen, mit der Heiterkeit, die man in diesen ersten Zeitläuften aufbringen kann; denn ich kann, mir zum Troste, fragen: Wo ist der deutsche Sozialdemokrat, der die Politik der Fraktionsmehrheit billigt und in den Augen der Genossen unseres Zentralorgans nicht bürgerlich, nicht nationalsozial ist?

Ich will gern an diesem Schandspahl stehen, wenn die Förderung der Sache, die ich hier vertritt, es so mit sich bringt. August Winnig.

Ein Phantasiebericht.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Der vom „Vorwärts“ am 2. Mai im Zusammenhang wieder-gegebene Bericht der „Vossischen Zeitung“ über den Frauenkongreß in Haag ist bedauerlicherweise weit davon entfernt, den Inhalt und den Geist der Verhandlungen auch nur einigermaßen richtig wiederzugeben. Der Berichterstatter hat nicht nur die, bei einer so ausgedehnten Diskussion naheliegende tendenziöse Auslese geübt, sondern auch Episoden von einer ihm erwünschten Färbung mit — sagen wir höflich: dichterischer Phantasie — hinein komponiert. Es ist unmöglich, die irreführenden Ungenauigkeiten, wesentlichen Auslassungen und freien Erfindungen dieses Berichts in einem beschränkten Raum sämtlich aufzuzählen und zu charakterisieren. So begnügen wir uns, zur Illustration des Ganzen, mit folgenden Hinweisen: Es ist zunächst eine grobe Entstellung, wenn der Vorsitzenden Frau Dr. Jacobs die Behauptung in den Mund gelegt wird, daß Kriege nur durch das Frauenstimmrecht zu verhindern seien. Es ist richtig, daß diese Rednerin wie verschiedene andere betont hat, daß die Einführung des Frauenstimmrechts notwendig sei, um den friedlichen Charakter der Demokratie zu verstärken, aber wieviel Galtloses, über die wirklichen, geschichtlich entscheidenden Kräfte der heutigen Gesellschaft hinwegsehendes Pazifistentum und Feministentum auf dem Kongreß auch zu Worte gekommen sein mag, der Unfug, daß das Frauenwahlrecht allein den Weltfrieden sichern könnte, ist dort nicht gesprochen, sondern wirklich nur von dem Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ telegraphiert worden.

Schlummer aber ist folgendes: Der Berichterstatter der „Voss. Zeitung“ meldet: „Ein Zwischenfall ergab sich, als die amerikanische Vorsitzende die Resolution für die Bülkerverjüngung dahin auslegte, daß in Zukunft alle Bülkerfreitragenden scheidungsfriedlich geschlichtet werden müßten — wogegen Helene Stöder protestierte. Das sei nicht der Sinn der Entschliebung gewesen, die den deutschen Teilnehmerinnen vorgelegen habe und von ihnen gebilligt worden sei. Sie hätten nichts gegen Heer und Flotte sagen wollen. Die Rednerin hatte sofort die ganze Versammlung gegen sich und Frau Schwimmer (Ungarn), die ihr als Entgegnung zurief: „Fort mit den Armeen und der Marine!“, wurde durch losenden, minutenlangen Beifall belohnt.“

Dieser „Zwischenfall“ ist eine in allen Einzelheiten unwahre Wiedergabe einer Auseinandersetzung über ein nicht allzu wichtiges Detail einer Resolution. In der vorgelegten Resolution hieß es, daß alle Streitfragen durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden müßten. Dagegen meinte nun Dr. Helene Stöder, daß auch andere friedliche Lösungen ins Auge gefaßt werden müßten und darum die vorgelegte Fassung unzureichend und unannehmbar sei. Von Heer und Flotte hat Helene Stöder überhaupt nicht gesprochen und ebensowenig hat Frau Schwimmer den ihr zugeschriebenen Satz gesprochen. Es ist richtig, daß eine andere deutsche Rednerin, um Mißverständnissen vorzubeugen, sofort darauf hingewiesen hat, daß es sich um keine wichtige prinzipielle Meinungsverschiedenheit handle. Aber einen „Mißton“ werden andere Zuhörer ebensowenig vernommen haben, wie der Schreiber dieses, der dem „Zwischenfall“ heimgewohnt hat, und es war darum auch seine Notwendigkeit da, ihn, wie der Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ so schön sagt, zu „überbrücken“.

Die bedeutsame Tatsache, daß englische und deutsche Frauen ohne Spur von Haß, Mißtrauen und Vorurteil mehrere Tage miteinander beraten konnten, waren die am stärksten hervortretenden Momente des Kongresses. . . .

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Berliner Arbeitsmarkt.

Die Zahl der bei 39 Verbänden der freien Gewerkschaften gezählten Arbeitslosen sank nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin in der Woche vom 26. April bis zum 3. Mai von 3904 auf 3712, d. h. um 192 oder 4,92 Proz. Bleibt hiernach schon die Veränderung der Gesamtzahl innerhalb engerer Grenzen, so gilt das noch mehr von den einzelnen Fachverbänden, unter denen die Metallarbeiter und Zimmerer mit einem Weniger von 56 bzw. 33 Arbeitslosen noch die größten Abweichungen gegen die Vorwoche zeigen. Die Bauhilfsarbeiter, Buchbinder, Holzarbeiter, Klempner und Lederarbeiter zeigen sogar eine Zunahme der Arbeitslosen, die bei den Lederarbeitern sogar recht kräftig ins Gewicht fällt.

Die Berliner Filiale des Textilarbeiterverbandes nahm in der Generalversammlung am Sonntagabend den Geschäftsbericht für das erste Quartal entgegen. Aus demselben geht hervor, daß die Mitgliederzahl gegenüber dem vorigen Quartal von 2129 auf 1851 zurückgegangen ist. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich von 1507 auf 1314, die der weiblichen von 622 auf 537 vermindert. Zum Heere eingezogen sind bis jetzt im ganzen 445 Mitglieder der Filiale. Die Arbeitslosenunterstützung, die im vierten Quartal des vorigen Jahres 4474 M. betrug, ist im ersten Quartal dieses Jahres auf 829 M. zurückgegangen. Hieraus, sowie aus den Zahlen des Arbeitsnachweises geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit im Textilgewerbe bedeutend zurückgegangen ist. Auf dem Arbeitsnachweis sind gegenwärtig nur noch 43 Arbeitslose eingetragen. Davon sind etwa die Hälfte nicht organisiert. Sie werden wegen der städtischen Arbeitslosenunterstützung auf dem Arbeitsnachweis mitkontrolliert. Der Verband hat die günstige Konjunktur benutzt, um die Arbeitsverhältnisse, wo es ging, zu verbessern. Es ist gelungen, in einigen größeren Betrieben verschiedener Branchen Lohnerhöhungen, beziehungsweise Feuerungszulagen bewilligt zu erhalten, die sich zwischen 2 und 5 M. wöchentlich bewegen.

Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Versorgung der Kriegsinvaliden. Der Filialvorsitzende Gruhl vertrat als Referent den Standpunkt: Es sei selbstverständlich, daß die Versammelten, soweit es ihnen möglich sei, im Erwerbsleben Beschäftigung suchen werden. Dagegen sei nichts einzuwenden. Es müsse aber gefordert werden, daß die Krüppel in erster Linie angemessene Renten erhalten. Wenn sie daneben noch Erwerbsarbeit leisten, so dürften sie nicht von den Unternehmern als Lohnbrüder ausgenutzt werden. Notwendig sei die Schaffung einer unabhängigen Organisation, welche die Aufgabe habe, die Renten festzusetzen und die Krüppel in der Wahl einer geeigneten Erwerbsarbeit zu beraten. Es sei wünschenswert, daß Institutionen geschaffen werden, wo die Krüppel in allen betreffenden Angelegenheiten Rat und Hilfe finden. Eine geeignete Arbeitsvermittlung, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird, sei erforderlich, um den Verletzten die für sie geeignete Arbeit nachzuweisen.

In gleichem Sinne bewegte sich die rege Diskussion. Die Berliner Töpfer nahmen am Sonntag den Quartalsbericht entgegen. Die Versammlung war verhältnismäßig gut besucht. Der Vorsitz im Bericht verzeichnet gegen 1914 einen bedeutend niedrigeren Arbeitslosenstand. Im März 1914 waren es 48,1 und in diesem März 16,1 Proz. pro Kopf gerechnet arbeitslose Tage; im ersten Quartal 1914 40,9, im ersten Quartal 1915 14,6 Proz. Allerdings arbeiten 80 Proz. der Töpfer in anderen Berufen.

Aus der Provinz kommen günstige Nachrichten in bezug auf Arbeitsmöglichkeiten; von Berlin kann das nicht gesagt werden. Im Osten und Westen des Reiches werden Verhandlungen gepflogen betreffs eines allgemeinen Bezirksarbeitsgesetzes. Das Ministerium schwebt noch.

Die Funktionäre sollen eine Umfrage über die Privatfirmen vornehmen. Es befinden sich darunter Hunderte von Scheinexistenzen, dieselben sollen einmal statistisch erfasst werden. Es schweben auch Verhandlungen zur Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Die Zahlstelle hat seit Kriegsbeginn um circa 200 Mitglieder zugenommen. Differenzen mit den Unternehmern waren auch zu verzeichnen, sie wurden in die zugunsten der Organisation beigelegt. Die Lohnkommission der Unternehmer hat in all diesen Fragen einen einwandfreien Standpunkt eingenommen.

Für die Träger ist ein Tarif abgeschlossen worden, der jedoch nur für die Dauer des Kriegs Gültigkeit hat. Nach Kriegsende wird dann auf neuer Grundlage verhandelt werden.

Eingezogen sind 401 Mitglieder. Im allgemeinen sind die Klassenverhältnisse günstig. Während die Zahlstelle früher mit Zuschüssen der Zentrale rechnen mußte, ist dies jetzt nicht mehr nötig. Ein Antrag, vom 10. Mai ab zehn Extramarke zu 25 Pf. bis 1. Oktober d. J. zu geben, wurde angenommen. Der Ertrag ist für die Krieger bestimmt. Einwendungen gegen den Geschäftsbericht wurden aus der Mitte der Versammlung nicht erhoben.

Deutsches Reich.

Freiwillige Lohnzulage.

Ohne daß von irgendeiner Seite eine Lohnforderung gestellt wurde, trat der Bäcker des Terrassenrestaurants „Aderschlöcher“ in Breslau, Herr Veltzer, an seine Kellner heran und erklärte ihnen, in Anbetracht der erhöhten Bierpreise und der dadurch geschmäleren Einnahmen der Kellner seinen Leuten von nun an für den halben Tag zur Aushilfe 4 M. zu zahlen. — Die Fälle, in denen wir ein derartiges soziales Verständnis bei den Unternehmern registrieren können, sind leider nur sehr selten.

Ausland.

Der Prozeß der italienischen Eisenbahner.

Napoli, 4. Mai. Der Generalsekretär der italienischen Eisenbahner will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Infolge einiger Artikel, in denen sich der Eisenbahnerführer Corridoni mit der Frage der Sabotage als Kampfmittel beschäftigt, ist dieser kürzlich erneut vor Gericht gestellt worden wegen Aufreizung zur Verhöhnung von Straftaten. Da aber Corridoni wegen anderer Vergehen in Haft gehalten wurde, welche unter den kürzlich ergangenen Amnestieerlassen fallen, so beschloß das Gericht, ihn vorläufig auf freien Fuß zu setzen. Trotz der glänzenden Verteidigung Corridonis, der sich für seinen Standpunkt auf alle italienischen Helden und Heroen, auch auf den in diesen Tagen viel gefeierten Mazzini, berufen konnte, verurteilte ihn das Gericht zu 8 Monaten Gefängnis, mit besonderer Verschärfung der Strafe für 15 Tage und ferner zu 1000 Lire Geldstrafe neben den üblichen Kosten des Verfahrens. Der Protest dürfte bei der Arbeiterschaft um so mehr Widerhall finden, als Corridoni der Sekretär der „Gewerkschaftsunion“, des syndikalistischen Gewerkschaftsbundes, ist.

Aus der Partei.

Erklärung.

Die am 8. Mai cr. tagende Kreisversammlung für den Wahlkreis Niederbarnim hat beschlossen, den „Vorwärts“ zu ersuchen, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Genosse Legien hat seine am 27. Januar gehaltenen Rede über das Thema: „Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteilieben beteiligen?“ zur Massenverbreitung drucken lassen. Auf Seite 32 der Broschüre erklärt Genosse Legien, der eigentliche Grund, weshalb er sich an die Gewerkschaftskommission gewandt habe, um eine solche Versammlung wie die heutige stattfinden zu lassen, sei ein Zirkular des Bildungsausschusses von Niederbarnim. Das Zirkular gibt der Redner dann wieder und kritisiert es.

Genosse Legien verschweigt in seiner Rede folgende Tatsachen:

1. Das Zirkular war seitens des Bildungsausschusses zusammen mit dem Haemischschen Artikel, gegen den es sich wendet, an eine Anzahl Genossen verbreitet.

2. In der Sitzung des Kreisvorstandes des Kreises Niederbarnim am 4. Januar wurde das Vorgehen des Bildungsausschusses besprochen, das Zirkular als ungeeignet zur Agitation bezeichnet und allseitig verurteilt. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses gab seinem Bedauern über den von ihm gemachten Fehlgang Ausdruck.

3. In der Kreisversammlung des Kreises Niederbarnim vom 9. Januar wurde das Zirkular in gleicher Weise besprochen und allseitig erklärt, daß durch die Aussprache die Angelegenheit erledigt sei, nachdem der Fehlgang als solcher bedauert und geschlossen war, daß künftig über aktuelle Themata der Bildungsausschuss Material nur nach Zustimmung des Kreisvorstandes verbreiten werde.

4. Seitens des Bildungsausschusses ist das von Legien verbreitete Zirkular seit dem 4. Januar nicht mehr verbreitet. Diesen Sachverhalt kannte Genosse Legien spätestens seit dem 26. Januar. An diesem Tage ist in seiner Gegenwart über die Angelegenheit berichtet worden.

Welchen Zweck die Rede des Genossen Legien am 27. Januar und die Verbreitung dieser Rede hat, wird durch Vorstehendes beleuchtet.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des 18. sächsischen Reichstagswahlkreises (Leipzig-Land), die von 545 Delegierten besucht war, nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie sich einverstanden erklärte mit der Haltung des Abgeordneten des Kreises, Genossen Geyer, zur Budget- und Kreditbewilligungsfrage.

Aus Industrie und Handel.

Die deutsche Farbstofffabrik in England.

Die „Morning Post“ vom 3. Mai entnimmt der „Empire Review“ einen Bericht des bekannten Chemikers William Pearce über die Lage und Aussichten dieser Industrie. Zwei Punkte des Artikels sind besonders wichtig. Der erste ist, daß eine der beiden Gruppen des deutschen Trusts in Glesmere Port, Liverpool, Fabriken hat, deren Anlagen 100 000 Pfund kosten. Hier wurden vor dem Kriege mehr Farben hergestellt als in allen britischen Fabriken zusammen. Ein idealer Anfang für die britische Farbstoffindustrie wäre es gewesen, diese Werke zu kaufen. Sie hätten die Basis für weitere Projekte bilden können, besonders, da man sich die Dienste wenigstens eines der Direktoren hätte sichern können und das ganze Unternehmen dann von denselben Linien ausgegangen wäre, welche in Deutschland Erfolg hatten. Obendrein hätte aus der Herstellung von synthetischem Indigo ein großer Nutzen gezogen werden können, welcher wahrscheinlich genügt hätte, das ganze Unternehmen zu finanzieren. Statt dessen wurde eine Staatsaufsicht eingerichtet, und es werden Farbstoffe angefertigt: der sich aus ihrem Verkauf ergebende Nutzen wird augenscheinlich zugunsten der deutschen Aktionäre aufgehoben werden, bis der Krieg vorbei ist.

Der zweite Punkt ist, daß, als die Knappheit blauer Farbe nach dem Kriegsausbruch sehr stark war, die Regierung einen großen Teil der indischen Ernte von natürlichem Indigo aufkaufte, und zwar für ungefähr 200 000 Pfund Sterling zu einem Durchschnittspreis von 12 Schilling das Pfund für 60 Prozent Farbe. Danach müßte der entsprechende Wert des synthetischen Indigos 4 Schilling das Pfund sein.

Das Erzeugnis der Glesmere-Fabriken wird aber zu 1/2 Schilling das Pfund verkauft, was der deutschen Firma einen lächerlichen Nutzen läßt. Das macht es natürlich unmöglich, den indischen natürlichen Indigo zu verwenden, für welchen die Regierung 200 000 Pfund bezahlte.

Pearce sagt dann weiter: Wären die Glesmere-Fabriken der britischen Farbstoffindustrie einverleibt worden, so hätte ein Verkaufspreis von selbst 1/2 Schilling für das Pfund synthetischen Indigos einen Nutzen von wahrscheinlich 200 000 Pfund jährlich ergeben. Bei der Erörterung im Abgeordnetenhaus vor Weihnachten wies ich auf die Glesmere-Port-Fabriken hin, und es ist schwer zu verstehen, warum die Vorteile und Möglichkeiten ihrer Erwerbung außer acht gelassen wurden. Wenn diese Fabriken zusammen mit dem Read Golding Works als Unterstützung der Angelpunkt der britischen Farbstoffindustrie gewesen wären, so wäre dies ein glänzender Anfang der Bestrebungen gewesen, die Anilinfarbendindustrie zurückzubringen.

Er gibt zu, daß die Schwäche der vom Staate unterstützten Gesellschaft in dem Mangel an chemischen Kenntnissen und technischem Geschick liegt und gibt einen Bericht über die Verwaltung einer der größten deutschen Fabriken als Beispiel dafür, was geschehen müßte. Er will über die Zukunft der britischen Farbstoffindustrie nichts prophezeien. Wenn sie mit der Konkurrenz nicht mithalten kann, werden dann Schutzzölle errichtet oder wird die gänzliche Ausschließung deutscher Farbstoffe genehmigt? Auf seine Frage gibt er keine Antwort.

Die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe haben bis zum 7. Mai 7193 Millionen Mark betragen. Besonders beachtenswert ist es, daß die von den Darlehnskassen für die Zwecke der zweiten Kriegsanleihe ausgeliehenen Darlehen sich wesentlich vermindert haben; sie betragen am 30. April 1913 11 Millionen Mark, am 7. Mai nur noch 44,3 Millionen Mark.

Einschränkung in der Verwendung von Oel.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, wonach Erdöl nur zur Herstellung von Schmieröl verwendet werden darf. Die Eigentümer von Erdöldepots sind verpflichtet, das Oel der Berliner Schmieröl-Gesellschaft m. b. H. auf Verlangen käuflich zu überlassen; die Ueberlassung an andere Personen ist verboten. Kommt eine Einigung nicht zustande, so wird er von der zuständigen höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt. Fußboden- und Staudöle dürfen nicht hergestellt werden. Die Verwendung von Oel zum Oelen der Fußböden ist verboten. Nachpappe, bei deren Herstellung Erdöl verwendet ist, darf nicht in den Verkehr gebracht werden. — Verletzungen dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft.

Von der englischen Textilindustrie.

Der Betrieb in der englischen Textilindustrie scheint nach dem Bericht des „Economist“ einer flotten Entwicklung entgegenzugehen. Die Arbeiter in Leeds arbeiten nach Durchsetzung der Kriegszulagen glatt. Die Werke wenden sich nach der Bewältigung der ersten Reihenbestellung fürs Heer wieder mehr dem Zivilbedarf zu.

Soziales.

Der Krieg und die Angestelltenversicherung.

In dem soeben erschienenen Heft 4 der „Angestelltenversicherung“ ist der Bericht über die letzte Sitzung des Verwaltungsrates für die Angestelltenversicherung veröffentlicht. Danach hat der Berichtserstatter u. a. mitgeteilt: Der Ausschuss ist der Ansicht, daß die Reichsversicherungsanstalt für die ihr obliegenden zahlreichen Heilverfahren kriegsbeschädigter Berichtserstatter schließlich die Gewährung eines Reichszulassens dringen muß, sobald festgestellt, in welchem Umfange die Heeresverwaltung selbst ein Heilverfahren für diese Verletzte durchführt. Der Verwaltungsrat schloß sich dieser Auffassung grundsätzlich an; vorläufig aber sei es noch verfrüht, in dieser Sache vorzugehen.

Ein Mitglied des Direktoriums wies darauf hin, daß mit einer großen Steigerung der Aufwendungen für Heilverfahren zu rechnen ist. Die Zahl der eingegangenen Anträge auf Gewährung eines Heilverfahrens ist von 10 464 im Jahre 1913 auf 20 187 im Jahre 1914 gestiegen, also fast auf das Doppelte. Ohne den Krieg wären nach den Zahlen für Mai bis Juli nicht weniger als 31 933 solche Anträge im Jahre 1914 eingegangen. Nach den Erfahrungen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung sei eine weitere Vermehrung von rund 50 Proz. anzunehmen. Es ergeben sich danach für die nächsten Jahre rund 40 000 Anträge im Jahre. Hiervon werden etwa 12 000 voraussichtlich abgelehnt werden. Mühsam bleiben rund 38 000 Heilverfahren im Jahre, die einen Aufwand von 18 980 000 M. verursachen werden. Der Krieg werde aber eine große Steigerung in der Zahl der Heilverfahren zur Folge haben. Die beiden Mitglieder des Direktoriums, die verundet von der Front zurückgelehrt sind, bestätigen, daß mit einer großen Zahl rheumatischer Erkrankungen gerechnet werden muß. Aber auch schon jetzt gehen oft Anträge solcher Versicherten ein, die infolge ihres verschlechterten Gesundheitszustandes aus dem Heeresdienste entlassen sind. Das Direktorium erachtet es als eine besondere Pflicht, daß die Angestelltenversicherung für diese Versicherten eintritt, damit sie ihre Berufstätigkeit möglichst bald wieder aufnehmen können. Rechnet man auch nur damit: rund 5 Proz. der zur Zahlung einberufenen versicherten Angestellten sind in ihrer Gesundheit so geschädigt, daß sie ein Heilverfahren nötig haben, so muß für die Zeit nach der Beendigung des Krieges mit weiteren 30 000 Fällen und einem Kostenaufwand von weiteren rund 10 Millionen Mark gerechnet werden. Hieraus ist zu ersehen, daß die bisherigen Rücklagen, die für das Heilverfahren bestimmt sind, durchaus nicht über den notwendigen Betrag hinausgehen und unter keinen Umständen zu anderen Zwecken herangezogen werden dürfen. Es ist aber auf der anderen Seite zu hoffen, daß nach Beendigung des Krieges die Beitragseinnahme wieder steigen und dann die neuen Zuführungen zu den Mitteln für das Heilverfahren groß genug sein werden, damit die Angestelltenversicherung allen Anforderungen auf dem Gebiet des Heilverfahrens gerecht werden kann.

Infolgedessen stimmte auch der Verwaltungsrat in Uebereinstimmung mit dem Rechnungsausschuss einmütig dem Vorschlage des Direktoriums zu, daß die Angestelltenversicherung sich bei weiteren Bewilligungen für Kriegsunterstützungszwecke möglichst zurückhaltung auferlegen müsse.

Bedauerlich ist es, daß die Erkenntnis der notwendigen Zurückhaltung gerade jetzt durchdringt. Bisher sind bereits beträchtliche Mittel zur Angestelltenversicherung für Kriegsunterstützungszwecke bewilligt, jedoch jede Beihilfe zur Arbeitslosenunterstützung der versicherten Angestellten abgelehnt worden, da die Bewilligung von Geldern für den letzteren Zweck nach den Gesetzesbestimmungen unzulässig sei. Hiergegen ist Einspruch erhoben und nachgewiesen worden, daß die Gelder der Angestelltenversicherung mit demselben Recht wie für die anderen Kriegsunterstützungszwecke auch für die Arbeitslosenunterstützung der versicherten Angestellten verwendet werden können. Daher konnte jetzt endlich auch eine Hilfe für diejenigen Versicherten erwartet werden, die durch den Krieg arbeitslos geworden sind. Diese Hoffnung ist durch den Beschluß des Verwaltungsrates zunichte geworden.

„Zimmerer bei hohem Lohn.“

Die Baufirma „Wolgaster Holzhäuser“ suchte durch Schlichtungsinstanz Zimmerer bei hohem Lohn. Darauf meldeten sich im Bureau der Firma natürlich Arbeitstuchende in Menge. Zunächst wurde ihnen mitgeteilt, daß es sich um Arbeiten in einem Dorfe an der russischen Grenze handele, sie würden Bescheid bekommen, wann sie die Fahrt dahin anzutreten hätten. Ueber die vereinbarten und die tatsächlich gezahlten Löhne sind später Streitigkeiten zwischen einigen Zimmerern und der Firma entstanden, die zu Klagen vor dem Berliner Gewerbegericht führten. — Ueber den Ausgang einer dieser Klagen haben wir kürzlich berichtet.

Gestern erschienen vor dem Gewerbegericht wieder drei Zimmerer als Kläger gegen die Firma „Wolgaster Holzhäuser“. Die Kläger behaupteten, als sie eingestellt wurden, sei ihnen ein Wochenlohn von 50 M. zugesichert worden sowie ein Zuschlag von 2 M. täglich für Kost und Wohnung und eine Entschädigung von 3 M. für jeden Tag, an dem wegen schlechten Wetters nicht gearbeitet werden könne. Der Lohn, den die Kläger erhielten, entspricht diesen Voraussetzungen nicht. Deshalb beantragten sie, daß ihnen der Teil, um den sie ihrer Meinung nach gekürzt worden sind, nachgezahlt werde, auch wollen sie die Rückreise nach Berlin sowie die Wartezeit vor der Abreise — es handelt sich um drei volle Tage — bezahlt haben. Aus den Ausführungen der Kläger ging hervor, daß sie mit den Arbeitsverhältnissen in dem Grenzort in jeder Hinsicht unzufrieden waren, weil in dem durch den Krieg zum größten Teil zerstörten Ort die Wohnung und Verpflegung äußerst mangelhaft und schlecht war, ferner, weil sie ihren Lohn nicht in der erwarteten Höhe und nicht zur rechten Zeit erhielten. „Die Firma glaubt wohl“ — sagte einer der Kläger — „sie kann es mit uns so machen, wie sie es mit ihren Wolgaster Zimmerern macht. Die nehmen sich wenn sie nach außerhalb geschickt werden, so viel mit, daß sie vier bis sechs Wochen leben können. Das können wir nicht, wir müssen deshalb unseren Lohn pünktlich bekommen.“

Der Vertreter der besagten Firma bemerkte hierzu, es sei den Zimmerern bei ihrer Annahme in Berlin gesagt worden, daß der Tag der Abreise nach dem Arbeitsort nicht bestimmt angegeben und der Lohn nur alle vierzehn Tage ausgezahlt werden könne, weil der Eisenbahn- und Postverkehr mit dem betreffenden Grenzort damals öfter unterbrochen war. Daß den Klägern ein Wochenlohn von 50 M. und ein tägliches Kost- und Logisgeld von 2 M. versprochen worden sei, bestritt der Vertreter der Firma. Er legte ein von den Klägern und anderen bei den betreffenden Bauten beschäftigt gewesen Arbeitern unterzeichnetes Schriftstück vor, worin bestimmt wird, daß die Firma einen Stundenlohn von 77 Pf., ein Kost- und Logisgeld von 1,50 M. täglich zahlt, die Rückreise aber nur vergütet, wenn die Arbeiter — was in diesem Falle nicht zutrifft — bis zur Beendigung der Arbeit aushalten. Von einer Bezahlung der Wartezeit und des Feierns wegen schlechten Wetters steht nichts in dem Schriftstück.

Die Kläger haben, wie das leider noch oft geschieht, diesen Arbeitsvertrag unterschrieben, ohne von seinem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß ihnen ein Wochenverdienst von 50 M. in Aussicht gestellt wurde in der Voraussetzung, daß sie bei dem Stundenlohn von 77 Pf. mindestens 65 Stunden in der Woche arbeiten. An solche Arbeitszeiten ist ein Berliner Zimmerer natürlich nicht gewöhnt. Da sich die Kläger durch ihre Unterschrift mit den von der Firma festgesetzten Arbeitsbedingungen einverstanden erklärt hatten, erkannte das Gericht auf Abweisung der Klage.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Erinnerungsfest an den Frauentag hielten die organisierten Frauen Budapests ab. Die Feier gestaltete sich zu einer schönen Kundgebung für die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses aller Frauen. Die wegen der Kriegsverordnungen nur im Rahmen eines geselligen Festes mögliche Zusammenkunft hatte einen tiefen Charakter und war reich an ergreifenden Momenten. Als die Referentin Genossin Wußinger die Opfer des Krieges, die Gatten und Väter erwähnt, erhoben sich die versammelten Frauen und Mädchen von ihren Sitzen und hörten stehend den zu Herzen gehenden Nachruf an, der sich auch auf die gebrachten Opfer an Menschenleben über die Grenzen des Heimatlandes hinaus bezog und den trauernden Schwestern der ganzen Welt galt.

Eingegangene Druckschriften.

Mit und neue Rollen und Liefer des Reichsarchivs... Krieg dem Kriege... Das Kongo-Verbrechen... Das Schicksal der Gegenwart und der Krieg...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten... M. N. 17. Kein im letzten Lehrjahre kann der Lehrling... M. N., Nischenberg 18.

M. N. 39. Der Vater könnte nur nach Armenunterstützung verlangen... G. R. 2532. Sie sind verpflichtet, Angaben über Ihren Verdienst... M. N. 11. Eine Arbeitsunterstützung wird in Ihrem Falle kaum gemährt...

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise. 4. Abt. Bez. 518. Am Sonnabend, den 8. Mai, herbstlich unter Genossen, der Stellnahme Paul Guse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzarbeiter Johannes Seelmann Königsberger Straße 32 im Alter von 60 Jahren gestorben ist.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter Paul Herzwald von der Firma A. Löwe, Wittenau, am 7. d. Mts. im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

Mutter und fern von seinem Lieben stand am 1. Mai an seiner schweren Verwundung im Lazarett mein von Herzen innigstgeliebter Gatte, seiner beiden Kinder treuer sorgender Vater, unser Schwiegerohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Unteroffizier der Landwehr im Reserve-Inf. Reg. Nr. 12 Gustav Mai im blühenden Alter von noch nicht 37 Jahren.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Karl Rostin Waldemarstr. 65, Bezirk 1, verstorben ist.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Groß-Berlin. Am Sonnabend, den 8. Mai, herbstlich unter Mitgliedern Friedrich Henning. Ihre feinem Andenken!

4. Abt. Bez. 524. Am Freitag, den 7. Mai, herbstlich unter Genossen Paul Schwerdt Treckowstraße 58.

Hermann Krell Nigau Straße 79 im Alter von 52 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 11. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Landberger Allee, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kassabücher Paul Herzog von der Firma Großhaus, Landberger Straße, am 7. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag, den 7. Mai, abends, unter langjähriger, treuer Kamerad Hermann Tappert Regel, freie Scholle 2a infolge Schlaganfalls zur ewigen Ruhe eingegangen ist.

Am Sonnabend, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Weiden unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Nichte und Cousine Martha im blühenden Alter von 13 Jahren.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 3. Erhalten erhalten: Kriegführung Heer & Flotte Militärische Fachausdrücke Gemeinverständlich erläutert von Ernst Däumig. Preis 10 Pf.

Hiermit zur Kenntnis, daß am 6. Mai d. J. plötzlich und unerwartet mein lieber Bräutigam, der Hochschüler, Herr Richard Haschke sanft entschlafen ist.

Hermann Kaiser Neustädt, Nollstraße 46 im Alter von 20 Jahren am 4. Mai gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! 82/17 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler, u. deren Berufsgenossen (Verlagshaus Hamburg). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Johann Seelmann am 7. Mai gestorben ist.

Hermann Tappert Regel, freie Scholle 2a infolge Schlaganfalls zur ewigen Ruhe eingegangen ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 16015 Der Vorstand.

Bandwurm mit Kopf befreit! Zahlreiche dankbaren Anerkennungen auf unschätzbare natürliche Heilmittel Reichel's Bandwurmmittel. Einfachste Anwendung! F. Erwachsene 2,- Kinder (Altersang.) 1,25 Allein echt n. Marke „Medico“ u. Namen Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Wo Drogerien nicht erhältlich, direkt zum. Bereits tausende befreit!

Haben Sie Fußbeschwerden? empfehle nach Maß passendes gearbeitete Stützeinlagen sowie Bruchbandagen aller Art, Leistenbinden, Stützvorrichtungen, Kräfte zur Gesundheit u. Krankenpflege. Pollmann, Bandagist, Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.

Rose Wolf als Braut. Berlin W, Schillerstr. 45 III. Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Lauderer Friedhofshalle in Saagen aus statt.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Jedes Heft 20 Pf.

Johann Seelmann am 7. Mai gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landberger Allee, aus statt. 16015 Die Ortsverwaltung.

Heines Werke 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Bandwurm mit Kopf befreit! Zahlreiche dankbaren Anerkennungen auf unschätzbare natürliche Heilmittel Reichel's Bandwurmmittel. Einfachste Anwendung! F. Erwachsene 2,- Kinder (Altersang.) 1,25 Allein echt n. Marke „Medico“ u. Namen Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Wo Drogerien nicht erhältlich, direkt zum. Bereits tausende befreit!

Haben Sie Fußbeschwerden? empfehle nach Maß passendes gearbeitete Stützeinlagen sowie Bruchbandagen aller Art, Leistenbinden, Stützvorrichtungen, Kräfte zur Gesundheit u. Krankenpflege. Pollmann, Bandagist, Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.

5. Preussisch-Süddeutsche (231. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 3. Ziehungstag 10. Mai 1915. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. S.L.A. f. S.) (Nachdruck verboten)

5. Preussisch-Süddeutsche (231. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 3. Ziehungstag 10. Mai 1915. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. S.L.A. f. S.) (Nachdruck verboten)

5. Preussisch-Süddeutsche (231. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 3. Ziehungstag 10. Mai 1915. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. S.L.A. f. S.) (Nachdruck verboten)

5. Preussisch-Süddeutsche (231. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 3. Ziehungstag 10. Mai 1915. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. S.L.A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Verlustlisten.

Die Liste Nr. 1 der aus England zurückgekehrten Austauschermundeten wird veröffentlicht.

Die Verlustliste Nr. 220 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Landsturminspektion des 7. Armeekorps.
Stab der 68. Inf.-Brigade; 1., 2., 3., 4. und 5. Garde-Reg. z. N.;
1. und 2. Garde-Reiter-Reg.; 2. Garde-Ersatz-Reg.; Grenadier-Regiment...

Aus Groß-Berlin.

Eine neue Art von Räumungsklagen gegen Kriegerfrauen.

Die Hausbesitzer schließen jetzt vielfach mit den Kriegerfrauen allein Verträge ab, um dadurch größere Reichsmittel in die Hand zu bekommen.

Die Grundhübschgesellschaft an der Berlin-Pankower Weichbildgrenze m. b. G. in Vertretung: Verwalter Jwan Hermann in der Stolpischenstr. 45, hatte mit einer Frau H. einen schriftlichen Vertrag geschlossen...

Gegen die Frau war schon einmal Klage erhoben worden. Dr. Weinberg hatte seinerzeit die Vertretung übernommen und das obliegende Urteil wurde im „Vorwärts“ veröffentlicht.

Hiernach werden die Kriegerfrauen alles Schutzes beraubt, wenn sie ihre bisherige mit dem Manne bewohnte Wohnung verlassen und eine neue Wohnung auf ihren Namen mieten.

Von der Berliner Luftbarkeitssteuerordnung.

Die Prozesse mehren sich, in denen die Berliner Kinobesitzer zu erstreiten versuchen, daß das Garderobengeld bei Feststellung und Bemessung der Luftbarkeitssteuer nicht berücksichtigt wird.

Demgegenüber berief sich der Berliner Magistrat auf den § 4 Ziffer 2 der Steuerordnung, worin bestimmt ist:

Als Eintrittsgeld gilt die Gesamtsumme der für die Teilnahme an der Veranstaltung von den einzelnen Besuchern zu entrichtenden Geldbeträge.

Der Bezirksausschuß stellte die Kläger in der verlangten Höhe frei. Er erachtete für entscheidend, daß Garderoben tatsächlich zur Verfügung gestanden hätten.

Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch die Vorentscheidungen auf und wies die Kläger mit ihren Freistellungsansprüchen ab. Gründe: Vorausgesetzt, daß man nur zur Veranstaltung zugelassen werde, wenn man auch Garderobengeld zahlt...

robengeld ein Teil des für die Steuer in Betracht kommenden Eintrittsgeldes, gleichgültig, ob alle Garderobe abgaben, oder nur wenige, oder keiner.

Zwangsvollstreckungen gegen Militärpersonen.

Ueber Zwangsvollstreckungen gegen Militärpersonen hat der Finanzminister eine allgemeine Verfügung erlassen. Nach den Vorschriften über das Vermögenszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen darf gegen eine Militärperson, die dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehört...

Die Berliner Sparkasse im letzten Geschäftsjahr.

Die städtische Sparkasse hatte im Verwaltungsjahr 1914/15 (1. April 1914 bis 31. März 1915) Einzahlungen von 94 062 474 M. und Auszahlungen von 93 911 790 M., so daß ein Einzahlungsüberschuß von nur 150 744 M. blieb.

Beim Rudern ertrunken.

Auf dem Templiner See ereignete sich gegenüber der neuen Zeppelin-Halle ein Bootsunglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel.

Der Frankfurter Friede.

Vor 44 Jahren, am 10. Mai 1871, wurde im „Gasthof zum Schwab“ in Frankfurt am Main der Vertrag unterzeichnet, der den Deutsch-Französischen Krieg endgültig zum Abschluß brachte.

Es war für die Willkürherrscher und auch für die folgende Generation der „große“ Krieg, der am 10. Mai 1871 endete. Er galt sowohl nach der politischen wie nach der militärischen Seite hin als eines der gewaltigsten Weltereignisse.

Nicht länger als sieben Monate hatte es gedauert, bis das allein auf seine Kraft geteilte Frankreich am Boden lag und zu dem Waffenstillstand genötigt wurde, der dann in den Frieden überging.

Jetzt dagegen stehen wir schon über 3 Monate im Felde, und ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Die deutschen Truppen haben einen beträchtlichen Teil französischen Bodens besetzt, aber Frankreich leistet hartnäckigen Widerstand...

Deutsche Reich, das bisher viel größere Opfer bringen mußte, ohne daß es eines politischen Erfolges ähnlich dem von 1871 schon sicher sein könnte.

And doch stehen die Jahre 1914 und 1871 in einem direkten politischen Zusammenhang, denn in demselben Augenblick, wo zu Frankfurt die Abtretung Elsfth-Verbindungen an das Deutsche Reich ausgesprochen wurde...

Bis zum heutigen Tage ist es noch nicht ganz aufgeklärt, ob Bismarck beim Beginn des Krieges an Landwehr gebacht hat. Daß er im Juli 1870 ebenso wie Wilhelm I. ausschließlich von der Verteidigung des Vaterlandes gegen Napoleonische Eroberungslust getrieben hat...

Daß er im Juli 1870 ebenso wie Wilhelm I. ausschließlich von der Verteidigung des Vaterlandes gegen Napoleonische Eroberungslust getrieben hat, beweist am Ende wenig, denn es gibt keinen Staatsmann, der den Appell ans Schwert nicht ausschließlich mit Rücksichten auf die Verteidigung begründen würde.

Immerhin aber könnte man sowohl aus dem Verhalten, das Bismarck im Laufe der sechziger Jahre an den Tag legte, wie auch aus seiner Politik gegenüber Österreich-Ungarn nach der Schlacht von Königgrätz darauf schließen, daß er von Hause aus keine Absichten auf französische Besitz hatte.

Trotz wie dem auch sei, nach der Schlacht von Sedan wurde in Deutschland die elsfth-lothringische Frage auf die Tagesordnung gebracht. Schon im August 1870 hatte der Große Generalsstab eine Karte entworfen, auf der die einzuverleibenden Teile Frankreichs eingezeichnet waren...

gegen. Er hat zwar in den Verhandlungen vom Herbst 1870 so gut wie in denen vom Februar 1871 Herrn Thiers für zu machen gesucht, daß er zu schwach sei, um der Militärpartei, den Herren des Großen Generalstabs, den „Halsgöttern“, wie er sie noch bezeichnet in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ nennt, erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Belleidlich — auch da gibt es nur Vermutungen — hätte Bismarck Napoleon günstigere Bedingungen gewährt als der republikanischen Regierung. Aus zwei Gründen: Er konnte bei der dritten Republik ähnliche Tendenzen befürchten, wie sie die erste gekietert hatten...

Daß der Kanzler so kalkuliert, kann hat er bereits sehr bald seinen Jertum erkennen müssen. Die Republik schwächte die militärische Kraft Frankreichs nicht, sondern stärkte sie, und der russische Absolutismus so wenig wie später die monarchistische Korrektheit Englands trugen Bedeutung...

Trotz von Verhandlungen und historischen Gegebenheiten zu reden ist jetzt nicht die Zeit. Es kommt darauf an, daß man überall der Lehren der Vorgeschichte und der Folgen des Frankfurter Friedens eingedenk ist.

Gefährliches Kinderspiel.

Auf dem freien Gelände an der Waldstraße in Adlershof ver- gütigten sich mehrere Knaben damit, den zwölfjährigen Sohn des Kriegsteilnehmers Schulz in Adlershof einzubuddeln. Der Knabe war bis über den Kopf von seinen gleichaltrigen Spiellameraden eingebuddelt worden und wollte sich dann nach dem Vorbilde eines kürzlich in Adlershof aufgetretenen Wirtens selbst befreien. Als Erwachsene hinzukamen, ließen die Knaben weg und erklärten, sie hätten dort ein Kaminofen eingegraben. Die Leute gingen aber der Sache nach und entdeckten dann den bereits bewußlos gewordenen Knaben. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos, der Knabe war ein Opfer dieses unverantwortlich leichtsinnigen Spiels geworden. Eltern und Lehrer sollten die Kinder auf die Gefährlichkeit derartiger Spiele, bei denen schon kürzlich ein Menschenleben zugrunde ging, aufmerk- sam machen.

Selbstmord eines Knaben.

Aus Furcht vor Strafe in den Tod gegangen ist der 12 Jahre alte Schüler Ewald F. aus der Weisestraße in Neukölln. Der Knabe, der wohl einen Hang zu Abenteuern hatte, die durch die Kriegereignisse noch genährt wurden, hatte vor 14 Tagen seiner Mutter einen größeren Geldbetrag entwendet und sich von einem Teil desselben ein Gewehr gekauft. Damit kletterte er in den Feldern von Britz herum und wurde dann von der Polizei er- griffen. Von dort holte ihn seine Mutter nach Hause zurück. Am anderen Morgen, als er in Begleitung seiner Mutter zur Schule gehen sollte, ergriff er die Flucht und war seitdem spurlos ver- schwunden. Gestern vormittag wurde seine Leiche aus dem Teltowkanal bei Britz gefischt. Der Vater des Knaben, der in Belgien als Landsturmmannt seiner Heerespflicht genügt, war vor einigen Tagen auf Urlaub nach Hause gekommen und hatte eben- falls eifrig nach seinem Sohne geforscht. Gestern Abend war die Urlandschaft zu Ende. Kurz nach der Abfahrt des Vaters wurde es erst bekannt, daß sein Sohn als Leiche aufgefunden worden sei.

Brand eines Produktenlagers.

Ein größerer Brand beschäftigte am Sonntagabend die Berliner Feuerwehr in der Schulstraße 48. Dort brannten auf dem Lager- platz der Firma H. Kollert Vorräte an Lumpen und Produkten aller Art in großer Ausdehnung. Die Wehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig borgehen und nach der Löschung die Brand- stelle aufräumen.

Dachstuhlbrand. In der Nacht zum Montag wurde die Reu- köllner Wehr in der ersten Nachschicht nach der Falkstraße Nr. 6 gerufen. Als sie erschien, war der ganze Dachboden schon ein ganzes Flammennest. Die Wehr hatte zwei Stunden zu tun, um des Feuers Herr zu werden. Auch hier verbrannte der ganze Dach- stuhl und mit ihm alles, was die Mieter des Grundstücks in ihren Bodenzimmern untergebracht hatten. Das schaurige Schauspiel des Dachbrandes löste große Menschenmengen nach der Brandstelle.

Nachtrag zum Fernsprechnverzeichnis. Ein Verzeichnis der Teil- nehmer an den Fernsprechnetzen in Berlin und Umgebung war während des Krieges in einer Ausgabe vom Januar 1915 erschienen. In dieser Ausgabe hat die Oberpostdirektion einen Nachtrag herge- stellt, der demnächst zur Verteilung gelangt. Es verzeichnet auf 56 Seiten etwa 6000 neue Anschlüsse in den Orten des Ober- postdirektionsbezirks Berlin und aus folgenden Orten im Bezirk Potsdam: Birkenwerder, Köpenick, Friedrichshagen, Grünau, Neuen- hagen, Radowitz, Oranienburg, Potsdam, Spandau, Wannsee und Zehlendorf. Der Nachtrag ist nach dem Stande vom 9. April auf- gestellt.

Kleine Nachrichten. Vor dem Hause Nöckerstraße 41 in Lichtenberg lief der vierjährige Gerhard Reuter beim Spielen vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie NO. auf das Gleis und wurde umgestoßen. Der Knabe geriet mit dem Ober- körper unter den Schuttrahmen und erlitt eine Gehirnerschütterung und einen Bruch des rechten Oberarmes. Mittels mitgeführter Binden wurde der Wagon aufgehoben und der Verunglückte inner- halb vier Minuten befreit. Das bedauernde Kind fand im Krankenhaus Friedrichshagen Aufnahme.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Kriegsausschuß für Volksernährung.

Um die Bevölkerung in den die Volksernährung betreffenden Fragen zu beraten, wurde Anfang dieses Jahres in Charlottenburg der „Kriegsausschuß für Volksernährung“ gegründet. Der Ausschuß hat zehn über die ganze Stadt verteilte Beratungs- stellen in Charlottenburg eingerichtet und unter lebhafter Beteiligung Hochvortragungen und Vorträge über Volksernährung veranstaltet. Als Vertreter des Magistrats ist Stadtrat Dr. Gott- stein dem Ausschuß beigetreten, der nunmehr die Bezeichnung „Kriegsausschuß der Stadt Charlottenburg für Volksernährung“ führt.

Aus der Steglitzer Gemeindevertretung.

Trotz der geplanten bedeutenden Vergrößerung des Gemeinde- friedhofs durch Hinzunahme der Beigehöfen Sandgruben bestanden in der Gemeindeverwaltung Bedenken, ob nunmehr dem Bestattungs- bedürfnis für alle Zeiten Genüge geleistet sei. Aus diesem Grunde genehmigte die letzte Gemeindevertretung die abgeänderte Friedhofso- rdnung, die statt der bisher 90 jährigen Ruhezeit eine solche von 20 Jahren festsetzt, jedoch die Möglichkeit offen läßt, daß diese Zeit noch dreimal um je 10 Jahre verlängert werden kann. Für eine vom Kultusministerium der Gemeinde geschenkte Bronze- figur — den „Frieden“ darstellend — wurden die Kosten der Aufstellung derselben auf dem Friedhof im Betrage von 500 M. be- willigt. — Außerdem der Tagesordnung brachte Gemeindevertreter Warjelow die Mängel der Müllabfuhr zur Sprache und forderte die obligatorische Abfuhr durch die Gemeinde. Der Bürger- meister wandte sich gegen den Antrag, versprach aber, daß der Ge- meindevorstand alles versuchen werde, um die hervorgetretenen Miß- stände zu beseitigen. — Gemeindevertreter Leibsch de- sprach die Lebensmittelerhöhung und beantragte die ungenügende Belanntgabe der Kartoffel-Ausgabestellen. Ferner wünschte er den baldigen Verkauf der von der Gemeinde beschafften Fleischdauerwaren. Schöffe Jochim er- widerte, daß mit dem Verkauf von Wurst und Schinken in nächster Woche, von Speck und Konserven erst später begonnen werden solle. Mit der Anregung des Gemeindevertreeters Ahmann, den Dauer- warenverkauf in kleineren Mengen vorzunehmen, soll sich der zuständige Ausschuß nochmals beschäftigen. Gemeindevertreter Warjelow ersuchte den Gemeindevorstand, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß endlich Höchstpreise für Fleisch festgelegt würden.

Feuerungszulage in Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der wieder- gewählte Ratsherr Hornike in sein Amt eingeführt. Nachdem wurde der Ratsherr Wetner zum Beigeordneten gewählt. Eine Magistrats- vorlage verlangte, während der Kriegszeit die Löhne der Postarbeiter von 3 M. auf 4 M. und die der Frauen von 1,75 M. auf 2,25 M. zu erhöhen. Von unseren Genossen wurde durch Genossen Heilig diese Erhöhung als zu gering bezeichnet und beantragt, die Löhne infolge der enorm hohen Lebensmittelpreise für die männlichen Arbeiter auf 5 M. und für die Frauen auf 3 M. zu erhöhen. Die hitzigen Stadtverordneten hatten aber für diesen vernünftigen Antrag kein Verständnis und wurde derselbe gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Gerichtszeitung.

Die Frauen im Kampf ums Recht.

Eine durchaus irrtige Beurteilung auf Grund des Ver- einseitigen ist jetzt vom Landgericht Bochum in vierter In- stanz beseitigt.

Am 8. Juni v. J. veranstaltete im Auftrage des sozialdemo- kratischen Kreisverbandes zu Bochum der Parteisekretär Linus Scheibe in Werne, Kreis Bochum, eine öffentliche politische Versammlung, in der die Genossin Remig- Berlin über: „Die Frauen im Kampfe ums Recht“ reden sollte. Kurz nach Beginn löste der überwachende Beamte die Versammlung mit der Motivierung auf, sie sei nicht vorchriftsmäßig angemeldet oder angezeigt worden. Obgleich nach dem preussischen Ministerialerlaß vom 13. Mai 1908 der Beamte mit der Auflösung seine Befugnisse überschritten hatte, erhielt der vom Genossen Scheibe mit der Leitung der Versammlung beauftragte Orts- vertrauensmann für Werne, der Genosse Schulz, ein Strafmandat in Höhe von 30 M., und das wiewohl die Ver- sammlung vom Veranstalter Scheibe vier Tage vor Stattfinden vor- schriftsmäßig im „Vollblatt“ für Bochum angezeigt war. Der er- hobene Einspruch wurde vom Schöffengericht Langen- dreer zurückgewiesen. Der als Zeuge geladene Genosse Scheibe wurde gar nicht vernommen. Das Gericht nahm an, da Schulz die Versammlung eröffnet und geleitet, sei er zur polizei- lichen Anmeldung verpflichtet (§ 5 R.-V.-G.) und deshalb nach § 18, Absatz 2, zu bestrafen. Es ließ §§ 6 und 10 unbeachtet und zu dem Vorliegenden debattierte in seiner mündlichen Urteils- begründung, daß er den Einberufer Scheibe nicht auch bestrafen könne. Der eingelegten Berufung verlagte das Land- gericht zu Bochum den Erfolg, da es merkwürdigerweise Schulz als Leiter und auch als Veranstalter betrachtete. Der antwortende Gen. Scheibe wurde wieder nicht vernommen.

Gen. Schulz zog nunmehr einen Rechtsbeistand zu Rate. Das Kammergericht zu Berlin hob das Urteil auf mit der Be- gründung, daß aus dem landgerichtlichen Urteil nicht zu er- kennen sei, wiewo es Schulz für den wirklichen Ver- anstalter halte. Wenn es diesen ohne weiteres dafür an- sehe, weil er die Versammlung eröffnet und geleitet habe, so sei das ein Rechtsirrtum. Es wurde daher die Sache ans Land- gericht zurückverwiesen, das sich am 6. Mai abermals damit be- schäftigte.

In diesem Termin erklärte Genosse Scheibe als Zeuge, daß er der Veranstalter der Versammlung sei, das Lokal und die Rednerin bestimme, die Propaganda veranlasse und nur dem Genossen Schulz die Leitung übertragen habe. Der Staatsanwalt beantragte nunmehr selbst die Freisprechung, wandte sich aber gegen den Antrag der Verteidigung, nicht bloß die Prozesskosten der Staatskasse aufzuerlegen, sondern auch die dem Angeklagten entstandenen persönlichen Auslagen.

Das Gericht trat dem ersten Antrage bei, lehnte letzteren ab, mit der Begründung, daß mit der Möglichkeit hätte ge- rechnet werden können, Schulz sei doch der Veranstalter gewesen. Der Hinweis des Verteidigers, daß Scheibe in keiner Bornitzung als Zeuge vernommen sei und dadurch sechs Richter sich geirrt hätten, nuzte nichts.

So muß denn neben den Kosten der Verteidigung der Genosse Schulz wegen der drei Termine der Verlust dreier Schichten, das Jahrgeld und sonstige Scherereien auf sich nehmen, wiewohl er nichts weiter getan, als seine staatsbürgerlichen Rechte ge- setzmäßig ausgeübt hat und nur, weil die ersten behördlichen Instanzen dem Gesetze eine unrichtige Auslegung gaben. Leider bietet die Strafprozessordnung keine Handhabe, um eine höhere Ent- scheidung herbeizuführen. Auch dieser Fall zeigt die Notwendigkeit, § 499 der Strafprozessordnung Abs. 2 dahin zu ändern, daß mindestens im Fall erwiesener Unschuld alle Verteidigungskosten der Staatskasse auferlegt werden müssen. Jetzt besteht nur eine dahin- gehende Möglichkeit.

Ungetreue Postausshelfer.

Zwei Posträuber wurden gestern von den Moabiter Straf- richtern zu empfindlichen Strafen verurteilt.

In dem ersten Falle handelte es sich um den Arbeiter Fritz Ewald, der als Postausshelfer tätig gewesen war. Der Angeklagte hatte sich Feldpostsendungen angeeignet, in einem anderen Falle von Postsendungen die Marken abgerissen und zu Gelde gemacht. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf ein Jahr Gefängnis.

In dem zweiten Fall handelte es sich um den Postausshelfer Wilhelm Prall, der seit mehreren Jahren auf dem Postamt 8 in der Französischen Straße als Fahrstuhlführer beschäftigt war. — Von dem in dem Bestellbezirk dieses Postamtes wohnhaften Lese- händler Kröger war eine Anzeige eingelaufen, daß etwa 30 Briefe, die keine Gelbbeträge für bestellte Lotterielose enthielten, bei ihm nicht eingegangen waren. Die Beobachtung ergab, daß Prall, der die Postsendungen von der im dritten Stockwerk gelegenen Entfaltung nach der Ausgabestelle zu schaffen hatte, in dem Fahr- stuhl sich die Briefe aneignete und in seinen Taschen verschwinden ließ. Bei der Heberführung wurde ein derartiger Brief mit einem Zweimarkstein in der Unterhose des Angeklagten versteckt vor- gefunden. — Vor Gericht machte der Angeklagte geltend, daß ihm von seinem Tagelohn von 4 Mark nach Abzug von Krankenkasse, Vereinsbeiträgen und Miete zum Lebensunterhalt für Frau und zwei Kinder nur 12 Mark monatlich übrig geblieben seien und er deshalb zu jenen Straftaten verleitet worden sei. Das Gericht berücksichtigte auch diesen Milderungsgrund und verurteilte den An- geklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Aus aller Welt.

Lazarettfrei.

Es scheint, als ob Erholungs- und Badeorte, in denen gegen- wärtig keine Verwundeten untergebracht sind, einen besonderen Vor- zug genießen. Darauf läßt wenigstens folgendes in Nr. 233 des „Berliner Tageblatts“ vom 8. Mai befindliche Inserat schließen:

Seringenberg.

See- und Sulbad.

Der von der Natur mit Hochwald am meisten bevorzugte Badeort der Ostsee, geöffnet wie in Friedenszeiten, Lazarettfrei, Prospekte kostenlos durch das Gemeindeamt oder die Kurverwaltung.

Saison 1. Juni bis 30. September.

Parteiveranstaltungen.

Greier Kreis, 2. Abteilung. Morgen Mittwoch: Gemeinamer Jahlabend bei Weichardt, Grünh. 21. Vortrag des Genossen Seidel.

Hünster Kreis, 2. Abteilung. Gemeinamtl. Jahlabend in Heilts heimlich, Neue Kammer 7.

Steglitz. Am Mittwoch, den 12. d. M.: Abteilungsversam- lung. Die zweite und vierte Abteilung tagt zusammen bei Schmal, Berg- straße 74. Die erste Abteilung bei Schmal, Kormstr. 15a. In beiden Versammlungen finden Vorträge statt. Regier. Besuch erwünscht.

Wris. Mittwoch, den 12., abends 8 1/2 Uhr: Gemeinamer Jahlabend für ganz Wris, bei Weichardt (früher Domnid), Rudower Straße 66/67. Vortrag.

Straßen. Mittwoch, den 12. Mai 1915: Gemeinamtl. Jahlabend bei Schulz, Nachgraßendamm 6.

Karlshorst. Generalversammlung: Dienstag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Räthenbad“. Berichte. Ertrags- u. Fortsetzung der Diskussion der letzten Mitgliederversammlung.

Wiesdorf. Morgen Mittwoch: Jahlabend bei Wille, Schillerstraße, Rudowstr. 120.

Wahlisdorf a. d. Ostbahn. Der Jahlabend für Wahlisdorf-Kord findet bei Kollmann, Kemptstr. 88; für Wahlisdorf-Wille bei Anders, Bahnhofstr. 37; für die Kolonie bei Linte, Grunowstr. 69; für Wahl- isdorf-Süd bei Wader, Köpenicker Allee, Ecke Winklerstraße, statt.

Köpenick. Mittwoch, abends 8 Uhr: Gemeinamtl. Jahlabend im Stadttheater (H. Saal). Mitgliedsbuch legitimiert.

Friedrichshagen. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Perche, Friedrich- straße 112: Gemeinamtl. Jahlabend.

Schwalde. Morgen abends 8 1/2 Uhr, bei Witte: Wahlvereins- versammlung.

Neuenhagen. Ostbahn. Mittwoch, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Herrn Kästner, Poststr. 12.

Amlicher Marktbericht der holländischen Marktbaulen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ebine Verbindlichkeit.) Montag, den 10. Mai 1915. Preis: Rindfleisch per 50 kg. Ochsen- fleisch Ia 89-107, da. IIa 80-88, da. IIIa 72-79; Ziegenfleisch Ia 87-97, da. IIa 81-89; Lämmer, fett 78-91, da. mager 64-75, da. dänische 58-71; Pfeffer 70-85, Pfeffer, dänische, 00-00, Sulfen, dänische, 75-80; Rindfleisch, Doppellender 145-155; Rindfleisch Ia 110-125, da. IIa 93-109; Rinder ger. 20-75, da. dän. 00-00, da. belg. 00-00. Hammelfleisch: Rindfleisch 105-115; Hammel Ia 98-104, da. IIa 92-97; Schafe 97-105. Schweinefleisch: Schweine, fett 00-00, unblutige 108-150, dän. Sauen 00-00, dän. Schweine 121-134. Gemischt, inländisches: Kartoffeln, Daberche 50 kg 0,00; weiße Raiter- kronen 0,00; Magnum bonum 0,00; Holmann 0,00; Barree, Schod 0,90-1,50; Sellerie, Schod 5,00-12,00; Spinat 50 kg 5,00-10,00; Mohrrüben 5,00-8,00; Wirsingfobl Schod 0,00-0,00; Wirsingfobl 50 kg 0,00-0,00; Weizfobl Schod 0,00-0,00, Weizfobl 50 kg 00,00-00,00; Rindfobl, Schod 0,00-0,00; Rindfobl 50 kg 0,00 bis 0,00; Rindfobl Schod 0,00-14,00; Rindfobl Rind 50 kg 0,00-0,00; Rindfobl 50 kg 00,00-00,00, Meerrettich Schod 0,00-14,00; Winterkürbis Schod 4,00-6,00; Zwiebeln 50 kg 40,00-50,00, Rindfleisch Schod 2,50-3,00, Waldmeister Rindfobl 0,40-0,50, Rindfleisch 50 kg 50-60, Gurken, Gorgener, 100 St. 00-00, Rhabarber, Hamburger, 100 Bund 3,00-6,00, 100 Stangen 8,00-10,00, Bistiger 100 Bund 2,00 bis 4,00, Hamb. Reichland 100 Bund 2,00-2,50, Spargel, Beiliger I 1/2 kg 0,35-0,50, Beiliger II 1/2 kg 0,20-0,35, Beiliger III 1/2 kg 0,10-0,20, unblutiger 1/2 kg 0,25-0,30, Wirsingfobl I 1/2 kg 0,35-0,45, II 1/2 kg 0,15-0,30, III 1/2 kg 0,05-0,10, Spanten 50 kg 10-15, Apfelsinen: Ital., 50 kg 20,00-23,00, dito 200 St. 12,00-14,00, dito 300 St. 13,00-16,00, Murcia 100 St. 12,00-18,00, dito 300 Stück 12,00-18,00, Nektarina 150 St. 11,00-14,00, 200 St. 12,00-14,00, 300 St. 12,00-15,00, Nektarina 200 St. 8,50-9,00, da. 100 St. 8,00-10,00, da. 150 St. 8,00-11,00, Spanische 420 St. 20,00-32,00, da. 714 St. 26,00-35,00, da. 1094 St. 30,00-44,00, da. 420 St. large 28,00-33,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmorgen. Zunächst ziemlich kühl. Teillich der Ode vorwiegend heiter und trocken. Im Westen langsame Zunahme der Bewölkung und Erwärmung.

FL. 1.50 u. 2.00 M.
Furig-Süßer
Santa Lucia
Stärkungs-Rotwein.

Monats-Garderobe!
4-500 getragene Anzüge i. Herren: Smoking, Frack, u. Gehrod-Anzüge (auch z. verleben), Sommerpaletots und Ulster sowie von stabilen Gestirnen, fast neue Sachen (a. Zeile). I. jed. Figur pass. in größter Auswahl z. unübertroff. billigen Preisen.
12c., deshalb billiger wie i. Laden.
Wassertor- Hirsch Kleberbaum, str. 12 13 I.

Honig selbst bereiten

kann man auf folgende einfache Weise: Zwei Pfund Zucker, ein Viertel Liter Wasser und ein Päckchen Salus-Honig-Aroma für 10 Pfennig löse man über Feuer auf, lasse die Lösung einmal kurz aufkochen und erkalten. Dieser Zuckerhonig ist leicht verdaulich und schmeckt ebenso gut wie Bienenhonig. Nach wissenschaftlicher Unter- suchung haben 2 Pfund Zucker den gleichen Nährwert wie 1 Pfund Butter, Schmalz oder ähnliche Fette. Der selbstbereitete Zucker- honig stellt sich auf etwa 25 Pfennig das Pfund. Salus-Honig-Aroma ist in allen Drogen- und Nahrungsmittel-Geschäften erhältlich. Gegen Einsendung von 1 Mark sendet die Coriolan-Gesellschaft m. b. H. Berlin-Schmargendorf 12 zehn Päckchen portofrei.



DRUCK ARBEITEN
in guter Ausführung liefert **VORWÄRTS**
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Berlin SW. 68 - Lindenstrasse 3